



3. Sitzung, Montag, 2. Juni 2003, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Ernst Stocker-Rusterholz (SVP, Wädenswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

– Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses

- *Protokollauflage*..... Seite 151

2. Schaffung neuer Lehrstellen beim Kanton

Postulat Chantal Galladé (SP, Winterthur), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf) vom 26. Mai 2003

KR-Nr. 151/2003, Antrag auf Dringlichkeit Seite 151

3. Auswirkungen neuer und bestehender Gesetze und Verordnungen auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 14. November 2001 zum Postulat KR-Nr. 298/1999 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3916**

Seite 156

4. Einführung familienfreundlicher Sonntagsabos durch den ZVV (*Reduzierte Debatte*)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 21. November 2001 zum Postulat KR-Nr. 331/1998 und gleich lautender Antrag der KEVU vom 12. Februar 2002, **3919**

Seite 168

5. Verpachtung von Landwirtschaftsbetrieben der landwirtschaftlichen Schulen (*Reduzierte Debatte*)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 27. Februar 2002 zum Postulat KR-Nr. 86/1998 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3946**.....

Seite 174

6. Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit des Kantons Zürich mit Nachbarkantonen und dem angrenzenden Ausland

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 20. März 2002 zum Postulat KR-Nr. 207/1998 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3957** Seite 181

7. Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (Änderung)

Antrag des Regierungsrates vom 30. Oktober 2002 und gleich lautender Antrag der WAK vom 4. Februar 2003, **4017** Seite 190

8. Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für die Jahre 2003 – 2006

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 13. November 2002 und geänderter Antrag der WAK vom 25. Februar 2003, **4030a** Seite 193

Verschiedenes

- Begrüssung der Ratsleitung des Schwyzer Kantonsrates Seite 203
- Hinschied Seite 211
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Persönliche Erklärung Sabine Ziegler zur Einführung familienfreundlicher Sonntagsabos* Seite 173
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 211

Geschäftsordnung

Ratspräsident Ernst Stocker: Ich habe noch eine Ergänzung zur Traktandenliste. Die Vorlage 4030a unter Traktandum 8 untersteht der Ausgabenbremse.

Das Wort wird weiter nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Dokumentationen im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 1. Sitzung vom 19. Mai 2003, 09.15 Uhr.

2. Schaffung neuer Lehrstellen beim Kanton

Postulat Chantal Galladé (SP, Winterthur), Ralf Margreiter (Grüne, Zürich) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf) vom 26. Mai 2003
KR-Nr. 151/2003, Antrag auf Dringlichkeit

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, wie er neue Lehrstellen und Ausbildungsplätze auf das Schuljahr 2003/04 schaffen kann.

Begründung:

Noch sind im Kanton Zürich ungefähr 700 Jugendliche ohne Lehrstelle für diesen Sommer. Während die Stadt Zürich auf diese Krise mit der Schaffung von 81 zusätzlichen Lehrstellen und 63 Praktikumsplätzen reagiert und die Stadt Winterthur 27 neue Lehrstellen anbietet, bietet der Kanton aus Spargründen keine neuen Lehrstellen an. Diese Rechnung geht jedoch nur bedingt auf, da Jugendliche ohne Perspektive und Ausbildung dem Staat Kosten verursachen werden. Es ist unumgänglich, eingehend zu prüfen, wie neue Lehrstellen geschaffen werden können. Der Kanton Zürich hat wegen der prekären Lage auf dem Lehrstellenmarkt mit der Aktion «Mehr Lehrstellen» die Arbeitgeber zum Anbieten von mehr Ausbildungsplätzen aufgerufen. Der Kanton soll mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Teil an der Schaffung neuer Lehrstellen übernehmen. Auf diese Situation nicht zu reagieren wäre unverantwortlich für den Kanton Zürich.

Begründung der Dringlichkeit:

Da die Ausbildungsplätze auf August geschaffen werden sollen, ist es dringlich, das Anliegen sofort zu prüfen, damit noch rechtzeitig reagiert werden kann.

Chantal Galladé (SP, Winterthur): Über 700 Jugendliche in diesem Kanton haben noch keine Lehrstelle für diesen Sommer. Davor kann und darf der Kanton die Augen nicht verschliessen. Die Stadt Zürich hat reagiert und auf diesen Sommer 81 neue Lehrstellen und 63 Praktikumsplätze geschaffen. Die Stadt Winterthur hat ebenfalls 27 neue Lehrstellen geschaffen. Was tut der Kanton? Er hat eine Aktion, die «Mehr Lehrstellen» heisst, ins Leben gerufen. Damit spricht er die Arbeitgeber, die Wirtschaftsverbände, die Gemeinden und «überhaupt alle, die einen Beitrag leisten können» an. Doch der Kanton selber leistet aus Spargründen keinen Beitrag. Dabei wissen wir schon lange, dass – es gibt eine Bundesstudie «Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung» – die Lehrlingsausbildung sogar rentiert. Wir wissen alle, dass Jugendliche, die auf der Strasse stehen, den Staat schliesslich teurer zu stehen kommen, als wenn wir gar nichts unternehmen.

Das Problem ist dringlich. Noch haben wir die Zeit, mit dem Know-how, das der Kanton mitbringt – er hat schon Lehrlinge, er hat Infrastruktur, er bewilligt selber die Ausbildungsplätze –, schaffen wir es, wenn wir jetzt dieses Postulat als dringlich erklären, dass diese Lehrstellen bis diesen Sommer geschaffen werden können, damit einige Jugendliche mehr einen Ausbildungsplatz haben.

Ich bitte Sie um Unterstützung der Dringlichkeit nach dem Motto «mehr Lehrstellen, aber subito».

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): In Bildungs- und Ausbildungsfragen kommt dem Staat eine führende Rolle zu. Man darf daher erwarten, dass der Kanton bei der Schaffung von Lehrstellen beispielhaft vorangeht. Dies ist leider nicht der Fall. Während die unter der Schuldenlast stöhnende Stadt Winterthur zusätzlich 27 Lehrstellen schafft und die Stadt Zürich mit gar 81 neuen Ausbildungsplätzen ein deutliches Zeichen für unsere Jugend setzt, bleibt der Kanton beim Status quo. Noch sind rund 700 Jugendliche ohne Lehrstelle. Es muss und wird gelingen, diesen jungen Leuten einen Ausbildungsplatz zu sichern, aber der Kanton als bedeutender Arbeitgeber hat dazu auch einen Beitrag zu leisten.

Die Lehrstellen müssen jetzt geschaffen werden und nicht erst in einem Jahr. Wir bitten Sie deshalb, das Postulat für dringlich zu erklären.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Um die Dringlichkeit zu verneinen, braucht es einen kurzen Blick auf die Zahlen: 500 Lehrverträge weniger als im Vorjahr, zusätzlich 500 Lehrlinge auf dem Lehrstellenmarkt. Dies war die Situation vor zwei Monaten. Bis heute wurden davon bereits 300 weitere Verträge abgeschlossen, dies bei rund 10'000 neu abgeschlossenen Lehrverträgen. Im heutigen Zeitpunkt kann also nicht die Rede von Notstand sein. Die Massnahmen der Task-Force des Bundes mit finanziellen Unterstützungen der Organe der Kantone sowie der Einsatz der personellen Ressourcen der Bildungsdirektion des Kantons Zürich haben in den letzten zwei Monaten bereits Früchte getragen, übrigens in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Gewerbeverband. Die mit zu vielen zusätzlichen bürokratischen Auflagen verbundenen Vorschriften der neuen KV-Ausbildung führte zu Verzögerungen bei den nötigen Entscheidungen und zu gewisser Zurückhaltung, Lehrstellen zu besetzen. Es ist deshalb zu rechnen, dass in den Monaten Juni/Juli 2003 noch vermehrt Lehrstellenabschlüsse erfolgen werden. Dies unterstreicht auch die LENA, welche Ende April 2003 noch 1395 Lehrstellenangebote der Firmen enthielt. Es hilft in dieser Situation wenig, wenn der Kanton zusätzliche Lehrstellen anbietet, welche sich weder von der Notwendigkeit noch vom effektiven, realen Angebot an Lehrstellensuchenden ergeben. Dabei ist sicher unerheblich, was eine aktuelle Lehrstelle den Kanton als Arbeitgeber kostet. Es ist vielmehr zu beachten, dass neue Lehrlinge in drei Jahren auch mit einer Anstellung im Beruf rechnen müssen. Dass dazu der Kanton, welcher in den nächsten drei Jahren wohl erheblich Stellen abbauen muss, heute der falsche Partner für neu Auszubildende ist, ergibt sich deshalb von selbst. Die nötigen Massnahmen sind am Laufen. Es besteht keineswegs die Notwendigkeit für eine zusätzliche Aktivität.

Die SVP lehnt die Dringlichkeit deshalb ab. Daraus ergibt sich auch die Ablehnung des Postulats als solches.

Yvonne Eugster-Wick (CVP, Männedorf): Die CVP-Fraktion wird die Dringlichkeit unterstützen. Tatsache ist, dass viele Jugendliche, die im Juli ihre obligatorische Schulzeit abschliessen, noch ohne Anschlusslösung sind. Für einen Jugendlichen, der nicht weiter zur Schule gehen will oder kann, ist die Lehrstelle eine existenzielle Frage. Im März 2003 appellierten Stadt und Kanton Zürich an die Arbeitgeber, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Der Kanton kann schlecht die Ar-

beitgeber zum Gegensteuer aufrufen, selbst aber nichts unternehmen. Winterthur und Zürich sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Kanton muss nachziehen.

Das Postulat kommt, auch wenn wir heute die Dringlichkeit beschliessen, etwas sehr spät, um für diesen Sommer noch Auswirkungen zu haben. Es handelt sich jedoch um ein Problem, das jetzt und heute aktuell ist und das auch im Hinblick auf das nächste Jahr weiter verfolgt werden muss.

Deshalb empfehle ich Ihnen, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Nicht nur als Mitinitiant der abgelehnten Lehrstelleninitiative, sondern als jemand, dem die Bildung und gerade auch die Berufsbildung der Jugend wichtig ist, bitte ich Sie, die Dringlichkeit des Postulats zu unterstützen. Es ist nicht so, wie wir das jetzt und letzte Woche wieder gehört haben, dass im Kanton Zürich genügend Lehrstellen vorhanden sind. Das stimmt nicht. Es ist nicht die Geschichte der zwei Liebenden, hier die Lehrstellenanbieter, da die Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die aus unglücklichen Umständen nicht zueinander finden. Es hat schlicht und ergreifend zu wenig Lehrstellen in diesem Kanton. Es ist eine rein arithmetische Frage. Ich hätte eigentlich erwartet, dass nach der Ablehnung der Lehrstelleninitiative am 18. Mai 2003 auch die Herren auf der gegenüberliegenden Seite aufhören, diese Mär zu erzählen, es hätte genügend Lehrstellen. Es herrscht eine Lehrstellennot, nicht nur im Kanton Zürich, aber hier besonders. Diese Lehrstellennot erfordert unser Engagement, erfordert das aktive Engagement von allen. Die Städte Winterthur und Zürich sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Aber nach wie vor fehlen Hunderte von Lehrstellen im Kanton. Wenn man den Angaben aus der Kampagne «mehr Lehrstellen» Glauben schenken darf, dann wird der Kantonale Gewerbeverband sehr Mühe haben, die in Aussicht gestellten 200 Lehrstellen auch tatsächlich zur Verfügung zu stellen. Hier ist es nun am Kanton, aktiv zu werden. Es gibt Situationen, da ist es eine vornehme Bescheidenheit, anderen den Vortritt zu überlassen, und es gibt Situationen, da ist ein Abseitsstehen primär schäbig. Es wäre schäbig, wenn sich der Kanton auf heisse Luft und laue Worte beschränken und nicht selbst aktiv würde. Gerade die betroffenen Jugendlichen brauchen heute ein klares Signal aus diesem Saal, dass ihre Suche nach Lehrstellen richtig ist, dass sie wichtig ist und dass sie auch zum Erfolg führen kann, dass es nicht ein «Sässelitanz» ist für sie... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich): Ich nehme im Namen der FDP-Fraktion zur Dringlichkeit Stellung.

Es ist genau eine Woche her, seit der Kantonsrat hier ohne Gegenantwort Ja gesagt hat zur Schaffung von Anreizen im Submissionsverfahren für Betriebe, die Lehrstellen zur Verfügung stellen. Zwischenzeitlich ist auch die von Stadt und Kanton im März 2003 lancierte Lehrstellenkampagne offensichtlich erfolgreich angelaufen. Das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, nämlich allen Jugendlichen eine Lehrstelle zur Verfügung stellen zu können. Daneben ist aber meiner Fraktion nicht entgangen, dass die Stadt Zürich und der Kanton Zürich offensichtlich unterschiedliche Haltungen in der Frage haben, ob und in welchem Ausmass der Staat Lehrstellen schaffen soll. Diese unterschiedliche Haltung ist uns bereits bei der Antwort zum Submissionsverfahren aufgefallen. Auch darauf habe ich vor einer Woche hingewiesen. Hier scheint aus unserer Sicht tatsächlich Klärungsbedarf gegeben. Es liegt im öffentlichen Interesse, dass der Regierungsrat hier nun aufzeigt, ob und mit welchen personellen und finanziellen Konsequenzen der Staat allenfalls neue Ausbildungsplätze einrichten könnte oder welches die Gründe für eine ablehnende Haltung seitens der Regierung sind. Wir möchten diesen Bericht des Regierungsrates und behalten uns vor, die materielle Diskussion zum Postulat erst nach Vorliegen dieser Antwort zu führen.

In diesem Sinn unterstützt die FDP einstweilen die Dringlichkeit und bittet den Rat, diese ebenfalls zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von 100 Ratsmitgliedern unterstützt. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Postulat ist dringlich erklärt. Der Regierungsrat hat dazu innert vier Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Auswirkungen neuer und bestehender Gesetze und Verordnungen auf Klein- und Mittelbetriebe (KMU)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 14. November 2001 zum Postulat KR-Nr. 298/1999 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3916**

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Ich schicke voraus, dass ich als neu gewählter Präsident der WAK hier Geschäfte der letzten Legislatur vertrete. Ich spreche meinen Dank dem scheidenden Präsidenten, Rudolf Ackeret, sowie der Sekretärin, Jacqueline Wegmann, aus, welche diese Geschäfte für mich vorbereitet haben.

Die WAK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat 298/1999 von Gabriela Winkler und Severin Huber als erledigt abzuschreiben.

Hauptanliegen des Postulats ist es, die wirtschaftlichen und administrativen Auswirkungen von neuen und bestehenden Gesetzen auf KMU zu ermitteln und so gering wie möglich zu halten. Das bedeutet, dass bei neuen Regelungen die Auswirkungen im Gesetzgebungsverfahren entsprechend dargestellt und berücksichtigt werden sollen. Ausserdem sollen bestehende Gesetze und Verordnungen überprüft und gegebenenfalls vereinfacht werden. Die Regierung bestätigt, dass es sich hier um eine Daueraufgabe handelt, um die sie sich aktiv bemüht. Die Vereinfachung administrativer Verfahren ist ein im KEF (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) erwähnter Legislatur-schwerpunkt. Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Verfahren, die als aufwändig beurteilt werden und über den Handlungsspielraum der Verwaltung. Er zeigt zudem auf, in welchen Bereichen gesetzliche Änderungen schwierig zu erwirken sind, unter anderem weil der Kanton Bundesvorschriften umsetzen muss.

Die WAK unterstützt die bisherigen Anstrengungen der Regierung, insbesondere auch das verwaltungsübergreifende Projekt E-Government, welches Bürgerinnen und Bürgern, die mit dem Internet vertraut sind, eindeutige Vereinfachungen bringt. Die WAK weist aber auch darauf hin, dass der persönliche Umgang von Verwaltungsangestellten mit Gesuchstellern entscheidend ist. Dieser so genannte Softbereich, die Schulung der Mitarbeitenden, und die Information der Bürgerinnen und Bürger über Verfahren und Angebote des Kantons dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Angestellten müssen sich dem Dienstleistungsgedanken bewusst sein und sollen die durchaus vor-

handenen Ermessensspielräume zu Gunsten der KMU nutzen. Im Weiteren sind Dienstleistungen der Verwaltung wie zum Beispiel der KMU-Dienst noch besser bekannt zu machen. Zu diesem Zweck wäre der Informationsaustausch mit dem Gewerbeverband und den Medien hilfreich.

Mit diesen mündlichen Ergänzungen zum umfangreichen und aufschlussreichen Bericht der Regierung beantragt die WAK dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Gabriela Winkler und Severin Huber als erledigt abzuschreiben.

Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon): Das vorliegende Postulat verlangt sozusagen eine Durchforstung der geltenden Gesetze und Verordnungen und deren Lockerung beziehungsweise Vereinfachung zu Gunsten der KMU, insbesondere im Bereich von Bewilligungsverfahren. Wir haben festgestellt, dass der Regierungsrat in seinen Legislaturzielen 1999 bis 2003 die Förderung von KMU aufgenommen und insbesondere die Überprüfung und Anpassung der Bewilligungs- und Verfahrensvorschriften als Daueraufgabe des Staates erachtet hat. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, sind bereits heute beachtliche Verbesserungen zur Optimierung der Verfahrensabwicklung unternommen worden. Neben dieser laufenden Überprüfung von Verfahren ist es vor allem der im AWA-Bereich (Amt für Wirtschaft und Arbeit) installierte One-stop-shop, der KMU-Dienst sowie die Projekte im Bereich E-Government, welche die geforderte Vereinfachung und Unterstützung zu einem erheblichen Teil bringen können. Bei den Bemühungen zur Vereinfachung von gesetzlichen Bestimmungen und Verfahren ist jedoch mit Sorgfalt darauf zu achten, dass dabei die allgemeinen Rechtsgrundsätze gewahrt werden und auch nicht lediglich aus der Sicht der KMU gehandelt wird. Bewilligungen und Verfahren sind nicht nur ein lästiger Mehraufwand für die Betriebe, sondern dienen auch dazu, unter den KMU die so genannte Spreu vom Weizen zu unterscheiden beziehungsweise Missbräuche zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten von Anfang an zu verhindern. Zur Illustration erwähne ich hier ein Beispiel, welches mir aus der eigenen Praxis bekannt ist. Es sind die gewerbsmässigen Wohnungsvermittlungsstellen, welche eine gesetzlich vorgeschriebene Bewilligung zur Ausübung ihrer Tätigkeit brauchen. In Zusammenhang mit diesem Postulat prüfte der Regierungsrat denn auch die Abschaffung dieser Bewilligungspflicht, verzichtete jedoch schliesslich darauf, um allfälligen Missbräuchen mindestens vorzubeugen, denn mit der Wohnungsknappheit

nehmen jeweils die Missbräuche in dieser Branche schlagartig zu, wie einige drastische Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, wo Wohnungssuchende für telefonische Beratungen, die nicht einmal erfolgreich waren, mit Telefonrechnungen von teilweise bis zu 10'000 Franken konfrontiert wurden. Wir sind deshalb sehr froh, dass der Regierungsrat diese Bewilligungspflicht zum Schutz der Personen, welche eine Wohnungsvermittlung in Anspruch nehmen, beibehalten hat. Gewisse so genannt bürokratische Hürden haben also durchaus ihren Sinn.

Nicht nur den bürgerlichen Parteien, auch der SP ist die Förderung und Unterstützung der KMU in unserem Kanton ein sehr grosses Anliegen. Unser Augenmerk richtet sich jedoch nicht ausschliesslich auf die Bewilligungsverfahren und gesetzlichen Bestimmungen oder Steuersenkungen, da letztere ohnehin hauptsächlich den grösseren Firmen zugute kommen. Wir sehen die Unterstützung und Beratung der KMU umfassender und längerfristiger und haben dazu bereits entsprechende Vorstösse eingereicht. Eines unserer Hauptanliegen, welches ganz im Einklang steht mit der kürzlich vom Bundesrat verabschiedeten Botschaft zur Bildung, Forschung und Technologie 2004 bis 2007 betrifft die Förderung von Innovation und den Wissens- und Technologietransfer zu Wirtschaft, Verwaltung und Institutionen im öffentlichen Interesse. Es ist an sich unbestritten, dass auch im Kanton Zürich in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Trotz dieser Erkenntnis werden entsprechende Projekte jeweils sehr schnell als «nice to have» eingestuft und so der grassierenden bürgerlichen Sparwut geopfert beziehungsweise mangels finanzieller Ressourcen immer wieder zurückgestellt, wie auch die jüngsten Beispiele aus der Budgetdebatte und dem Sparpaket 04 deutlich zeigen.

Sowohl im Bereich der Prozessinnovation als auch im Bereich der Produkteinnovation liegt ein Potenzial brach, welches auch für die KMU dringend besser genutzt werden sollte. Überlebensentscheidend für jedes KMU ist schliesslich auch die Finanzierungs- und Kreditpolitik, welche Erfolg versprechenden und erfolgreichen Unternehmen über finanzielle Hürden hinweghilft. Alle Umfragen bei den KMU haben deutlich gezeigt, finanzielle Hürden sind wichtiger und auch schwieriger zu überwinden als so genannt bürokratische Hürden. Dies gilt ganz besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Im Übrigen ist die SP-Fraktion aus den eingangs erwähnten Gründen mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Hansruedi Hartmann (FDP, Gossau): Die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung zu. Der Bericht des Regierungsrates ist mehrheitlich gut aufgenommen worden; ebenso die Tatsache, dass dieses Thema eine Daueraufgabe ist, bei der alle Beteiligten ihren Beitrag zu leisten haben. Kleinste, kleine und mittlere Unternehmen mit ihren Unternehmerinnen möchten hie und da von der Verwaltung noch etwas ernster genommen werden. Da kam die eindeutige Aufforderung von Regierungsrat Ruedi Jeker, konkrete Fälle im Sinne konstruktiver Kritik der Verwaltung zu melden, damit die Chance zur Besserung von derselben auch wahrgenommen werden kann. Es wurde aber auch festgestellt, dass sich das Verhalten der Mitarbeiterinnen in der Verwaltung gegenüber früher bereits gewaltig gebessert hat. Das ist erfreulich. Noch eine Feststellung seitens der Volkswirtschaftsdirektion hat mich als Kleinstunternehmer beeindruckt und mir auch zu denken gegeben, weil sie stimmt. Die KMU haben keine Lobby. Viele Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer, früher nannte man sie auch Gewerbetlerinnen, sind Einzelkämpferinnen. Das ist heute noch so. Ihnen fehlt die nötige Lobby, um mit gemeinsamer Kraft Dinge anzupacken und zu verändern, die nicht genehm sind. In diesem Punkt bin ich zusammen mit Kolleginnen gefordert zu überlegen, wie dieser Zustand zu verbessern ist und wie bereits vorhandene Aktivitäten unterstützt werden können. Wenn wir es wissen, sind wir wieder gefordert, uns einzusetzen, damit Verbesserungen auch umgesetzt werden können, weil das Regelwerk echt dicht ist.

Daher können wir das Postulat heute abschreiben und selber mitanpacken.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Die KMU stellen das Rückgrat der Zürcher Wirtschaft dar. Die Volkswirtschaftsdirektion hat die Bedeutung dieser Unternehmungen erkannt und im Bereich ihrer bisherigen Möglichkeiten besondere Anstrengungen unternommen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. Ein besonderer Dank geht an Regierungsrat Ruedi Jeker und Hans-Peter Burkhard, die jede Gelegenheit nutzen, um unseren Unternehmungen behilflich zu sein. Selbstverständlich kann und muss auch in Zukunft permanent daran weitergearbeitet werden, um die Attraktivität des Wirtschaftskantons Zürich weiter zu stärken und die administrativen Hürden sinnvoll zu verkleinern. Zu Recht wird deshalb im Bericht festgehalten, dass es sich um eine Daueraufgabe handelt, damit sich die KMU künftig noch besser entfalten können. In der Volkswirtschaftsdirektion sind die gemachten

Anstrengungen vorbildlich und sichtbar. Dies kann aber nicht von allen Direktionen behauptet werden. Zum Beispiel im Bereich der Baudirektion werden unserer Ansicht nach nicht die gleichen Anstrengungen unternommen, um die Rahmenbedingungen für die KMU möglichst rasch zu verbessern. Da hat man das Gefühl, dass die Regeldichte eher noch zu- anstatt abnimmt.

Zusammenfassend ist zu hoffen, dass auch in den anderen Direktionen zukünftig mit der gleichen Kraft wie in der Volkswirtschaftsdirektion an besseren Rahmenbedingungen für die KMU gearbeitet wird, denn sie sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft.

In diesem Sinn dankt die SVP-Fraktion der Volkswirtschaftsdirektion für den umfangreichen Bericht und beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Auch die Grünen sind selbstverständlich für ein Bewilligungsverfahren für die KMU, das kundinnenfreundlich und verständlich formuliert ist in einem Deutsch, das nicht zuerst übersetzt werden muss, und das nicht kompliziert ist. Da soll die Verwaltung auch unterstützen. Für uns heisst aber Vereinfachung der Bewilligungsverfahren nicht Verwässerung der Bewilligungsverfahren. Für uns ist klar, dass der Gewässerschutz und der Altlastenkataster hohe Priorität haben, dass der Lärmschutz umgesetzt wird, dass aber auch die Arbeitszeit sauber geregelt sein muss, dass die KMU auch Lehrlingsplätze anbieten und dass im Bereich der Arbeitszeiten der Anstellungen kein Missbrauch betrieben wird. In diesem Sinn könnte man sagen, Vereinfachung Ja, aber ohne Tiefenverluste. Wir sind deshalb froh, dass die Regierung formuliert hat, dass auch bei ihr Grenzen bestehen bei der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, bei Gesundheit von Mensch und Tier und bei der Unverletzlichkeit von Rechtsgütern wie Freiheit und Eigentum.

In diesem Sinn sind wir für Abschreibung des Postulats.

Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt): Es ist heute Morgen in diesem Rat sehr viel Sympathie zu hören gewesen für die KMU. Diese Rhetorik höre ich wohl, allein fehlt mir über einige Strecken dann der Glaube, wenn ich auf die heutige Traktandenliste schaue und mir vergegenwärtige, dass beispielsweise mit der Änderung des Gastgewerbe-

gesetzes mindestens die Frage an den Regierungsrat zu richten ist, ob auch hier überprüft worden ist, welche Auswirkungen diese Gesetzesänderung auf die KMU in der Gastronomie denn haben wird.

Der Bericht ist insgesamt zu loben, dafür dass er die Schwerpunkte am richtigen Ort setzt, dafür dass er ausführlich ist und dafür dass er über weite Strecken belegen kann, dass es dem Regierungsrat mindestens in der Volkswirtschaftsdirektion wirklich ernst ist mit diesem Anliegen. Indessen: Abläufe und Strukturen anzupassen, ist eine Daueraufgabe. Sie ist längst nicht erfüllt. Insbesondere deswegen, weil jeweils der Mensch den Auftrag gibt; der Mensch an der anderen Seite des Telefons, an der anderen Seite des E-Mails, an der anderen Seite von dem, der die Post öffnet. Hier besteht im Schulungsbereich doch noch an vielen Orten Ergänzungs- und Handlungsbedarf. Die Volkswirtschaftsdirektion hebt hervor, dass E-Government eine zukunftsweisende Form sei, um Abläufe zu straffen. Das ist richtig. Bitte bedenken Sie aber, dass die Mehrheit der KMU-Inhaber älter ist als der Gebrauch des Internets, nicht nur in der Verwaltung. Hier besteht Informationsbedarf, und zwar nicht nur eine Hol-, sondern auch eine Bringschuld.

Ich komme zu dem ach so beliebten Thema der Formulare. KMU-Inhaber erhalten pro Woche ein bis zwei Formulare über Statistiken, über Zwischenverdienste für Mitarbeiter, die sie temporär oder aus wirtschaftlichen Gründen beschäftigen, die sie wieder auszufüllen haben. Sie erhalten Formulare, weil vor vier Jahren irgendjemand irgendwo an einer kantonalen Stelle IV oder etwas Ähnliches beantragt hat. Diese Formulare sind immer so nackt, als würden sie das erste Mal auf den Tisch des Hauses flattern. Wäre es wohl möglich – das ist eine freundliche Anregung –, dasselbe zu tun, was Marketingunternehmen schon lange tun, die Directories verkaufen, nämlich auf den Formularen, die gespeicherten Daten gleich mitzuliefern, damit man nicht zum neunundneunzigsten Mal dasselbe Datenmaterial in der eigenen Administration hervorsuchen muss? Insbesondere deswegen ist dies ein wichtiges Anliegen, weil die meisten Leute, die ein KMU haben nicht zwingend Schreibtischtäter sind, sondern mit ihren Händen arbeiten.

Ein weiteres Ärgernis ist der Umstand, dass man keine Flexibilität innerhalb von Betrieben hat, wenn es darum geht, Asylbewerber umzu-platzieren; Asylbewerber, die eine Arbeitsbewilligung haben, die in einer Filiale tätig sind und dann aus Sicht des Unternehmens in eine andere Filiale platziert werden sollen: da läuft der ganze Bewilli-

gungskram von vorne. Das ist etwas, was ein normaler Arbeitgeber nicht nachvollziehen kann. Diese kritischen Bemerkungen sind als Anregung zu verstehen.

Ich bin als Erstunterzeichnerin des Postulats mit der Abschreibung einverstanden, allerdings unter der Bedingung, dass die hier gemachten Versprechungen in allen Direktionen ernsthaft nachgeführt werden, nicht nur in der Volkswirtschaftsdirektion. Sie ist eine der kleineren Bewilligungsabteilungen, für die KMU zwar sehr wichtig, aber nervenaufreibend sind alle übrigen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion ist für Abschreibung des Postulats und stimmt diesem Bericht zu.

Vieles, das die KMU betrifft, wird durch den Bund geregelt, und der Kanton hat nur eine marginale Einflussmöglichkeit. Aber im Rahmen dieser Möglichkeiten – auch das heben wir lobend hervor – hat sich der Kanton Zürich hervorgetan. Er hat sehr vieles gemacht, und zwar unter Einhaltung der Gesetze und auch ökologischer Rahmenbedingungen. Darum sind wir dankbar dafür und auch froh. Wir sind froh, dass im Internet die Formulare vereinfacht abrufbar sind. Wir sind froh, dass die Verfahren gestrafft werden. Wir sind froh, dass ein «One-stop-shop» eingerichtet worden ist. Wir sind froh, dass die Volkswirtschaftsdirektion Fragestellern immer offen zur Verfügung steht, um zu helfen.

Handlungsbedarf ist unserer Meinung nach gegeben, und zwar im Wissens- und Technologietransfer, aber auch bei Darlehen an KMU. Hier meinen wir, dass die Regierung ihre Einflussmöglichkeiten in bilateralen Gesprächen noch wahrnehmen müsste und fördern könnte.

Wir bedauern, dass die Umfrage bei den KMU eigentlich keine Resonanz hat. Hier kommt wieder ein typisches Bild zum Tragen, dass man gegen den Staat motzt, dass man aber dann, wenn man gefordert und gefragt wird, nicht antworten will und kann. Das ist etwas, das eigentlich bedauerlich ist.

Arnold Suter, es ist so, dass noch vieles zu machen ist und man vieles machen könnte. Es ist aber auch so, wenn man so spärwütig ist, dann kann man nicht alles realisieren, was für die KMU förderlich wäre. Ich denke hier an internationale Beziehungen und anderes. Wenn Sie hier also wieder einmal eine gewisse Grosszügigkeit zu Gunsten der KMU zeigen würden, dann wären wir froh, weil wir für die KMU sind.

Ich habe aber auch ein Beispiel, bei dem man hört, dass man Gesetze hat, die zu Gunsten von KMU sind, die aber für die Bevölkerung eigentlich überflüssig sind. Ich habe das Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker auch in der Sitzung gesagt. Ich denke daran, dass in privaten Häusern, in denen zum Beispiel ein Lift angebracht ist, diese Leute zweimal im Jahr die Kontrollen durchführen müssen. Das ist nur eine Arbeitsplatzbeschaffungs- oder eine Arbeitsvergebungsmöglichkeit für KMU. Da müsste man schauen, ob es nicht Lockerungen geben würde.

Abgesehen davon sind wir einverstanden mit diesem Bericht und danken.

Markus Hutter (FDP, Winterthur): Gerne stimme ich in das Loblied über diesen guten Bericht ein. Trotzdem erlauben Sie mir als KMU-Inhaber und als Vizepräsident des Kantonalen Gewerbeverbandes einige konkrete Punkte anzusprechen.

Wenn der Kanton Zürich in seinem Luftprogramm unter der Massnahme «GV 4» die Partikelfiltersysteme auf allen Baustellen einführt, und das wohlverstanden in Verschärfung eines Bundesgesetzes und zudem in einem Zeitpunkt, in welchem unsere Bauwirtschaft um das Überleben kämpft und es ihr nicht gut geht, dann mutet der letzte Satz in der Weisung «Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist günstig» wie eine Farce an. Ich kenne KMU-Bauunternehmer, die mit Investitionen von 0,7 bis 1,5 Millionen Franken rechnen, welche die Zürcher Bauunternehmer gegenüber den Bauunternehmern aus Nachbarkantonen benachteiligen werden. Da stelle ich die Frage, wie denn die Beschleunigung des Baubewilligungsverfahrens zu verstehen ist, wenn letztes Jahr ein Rekursentscheid nach 18 Monaten, nachdem er beim Regierungsrat gelegen ist, bekannt gegeben worden ist; ein Rekurs gegen die Baubewilligung für einen Baufachmarkt in Oberwinterthur. Wer je einen Bauunternehmer oder ein Bauvorhaben dieser Grösse vertreten musste, weiss, was 18 Monate für die Realisierung eines Projekts bedeuten. Hier ist der Tatbeweis gefragt.

Katharina Prelicz hat den Altlastenkataster angesprochen. Ich bin gerne bereit, ihr aus meinem Unternehmen einen Fall konkret aufzuzeigen, in dem es darum ging, dass eine für mehrere 10'000 Franken erstellte Studie, eine historische und eine technische Untersuchung, aus dem Jahr 1996 im Jahr 2002 nicht mehr akzeptiert worden ist, weil die gesetzlichen Grundlagen geändert hätten. Ich kann Ihnen sagen – es ging insbesondere um ein provisorisches Bauvorhaben –, dass das die

Bauwilligkeit der KMU nicht gerade fördert. Darf ich in diesem Zusammenhang die Zürcher Regierung aufrufen, auch beim Bund im Sinne dieses Berichts aktiv zu werden? Als ganz aktuelles Beispiel erwähne ich die neuen Lohnausweise, die jetzt so weit gediehen sind, dass man sie einführen will, die mit riesigen Mehraufwendungen für die einzelnen KMU verbunden sind. Auch hier haben wir Handlungsbedarf. Wir KMU sind dankbar, wenn unsere Regierung hier für uns denkt und mit uns versucht, das Wachstum, das wir dringend nötig haben, zu erzeugen.

Markus Brandenberger (SP, Uetikon a. S.): «Der Sozialbonus zählt nicht mehr.» Wenn ich diesen Zeitungstitel hier zitiere, dann habe ich mich nicht in der Traktandenliste verirrt. Ich spreche zum KMU-Geschäft. Das Zitat und der zugehörige Presseartikel spiegeln kurz und bündig die Realität von geschützten Werkstätten wider. Geschützte Werkstätten sind KMU; KMU mit einem doppelten Auftrag als Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, erstens Arbeitsplätze bereit zu stellen, die auf Beeinträchtigungen Rücksicht nehmen und zweitens Produkte oder Dienstleistungen anbieten, die auf dem Markt bestehen können. Der Sozialbonus zählt nicht mehr, das zeigen uns auch Befragungen von Kundinnen und Kunden. Sie erklären uns – wenn ich uns sage, dann offenbare ich Ihnen, dass ich hier Interessen vertrete –, es gibt ein gutes Gefühl, bei euch produzieren zu lassen oder einzukaufen, aber Preis und Qualität müssen stimmen. In diesen gemeinwirtschaftlichen Sozialunternehmen wird «nid eifach e chli gschäffele», es wird wie dies alle hier im Saal auch für sich in Anspruch nehmen, im Rahmen der individuellen Möglichkeiten gearbeitet. Diese Unternehmen rechnen, investieren, amortisieren wie jedes andere Unternehmen auch. Sie unterscheiden sich von anderen Gewerbebetrieben eigentlich nur darin, dass sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Anstellungsbedingungen bieten können, die Rücksicht auf die durch Krankheit oder Behinderung beeinträchtigte Leistungsfähigkeit nehmen. Für die daraus resultierenden Mehrkosten erhalten sie öffentliche Beiträge. Um diese Beiträge zu erhalten, sind die geschützten Werkstätten heute in einem engen bürokratischen Korsett. Sie sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass die Beiträge gesenkt werden sollen. Die Werkstätten sind aber auch Mehrwertsteuerpflichtig, rechnen 2 Franken Quellensteuer ab, beantragen Arbeitsbewilligungen, bilden Lehrlinge aus und müssen hie und da einmal bauen oder umbauen. Wie andere Unternehmen sind sie darum im Rahmen allgemeiner

Rechtsgrundsätze an Förderung und schlanken Verfahren existenziell interessiert. Nur schon im IV-Bereich betrifft dies schweizweit gegen 30'000 Beschäftigte mit einem Produktionserlös, der auf über 300 Millionen Franken geschätzt wird – volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht zu vernachlässigende Grössen.

Der Sozialbonus zählt nicht mehr. Sozialbonus schafft Abhängigkeiten. Daher gesehen bin ich gar nicht unglücklich über diese Entwicklung, vorausgesetzt, das Gefühl, Gutes getan zu haben, wird abgelöst durch gleiche Rechte, freien Zugang und Anerkennung von Ansprüchen. Ein erster Anlauf dazu ist kürzlich bekanntlich unter anderem am Widerstand von Economie Suisse und des Bundesrates gescheitert. Trotzdem sei in Klammern noch angemerkt, dass ich überzeugt bin, dass es in der Wirtschaft und in KMU ein unausgeschöpftes Potenzial an Goodwill gibt, sich auf Leistungsbeeinträchtigung einzulassen, wenn es gelingen würde, die allenfalls damit verbundenen finanziellen Risiken irgendwie abzufedern. Klammer geschlossen.

In ihrer Antwort schreibt die Regierung: «Auf der Ebene des Gesetzgebungsprozesses erachtet es der Regierungsrat als seine politische Aufgabe, die Auswirkungen von neuen Erlassen nicht nur mit Blick auf die KMU, sondern in umfassender Weise zu prüfen.» In Vertretung von 5677 Arbeitsplätzen für Eingliederung und Dauerbeschäftigung im Kanton – diese Zahl stammt aus dem Geschäftsbericht 2002 der Regierung – bitte ich die Regierung, die gemeinwirtschaftlichen Sozialunternehmen immer auch in ihren umfassenden Weitblick einzuschliessen.

Ich bitte Sie, bevor wir abschreiben, dies aufzuschreiben.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Auch die CVP-Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Der Bericht ist sehr umfangreich, vor allem gibt er eine Übersicht über die verschiedenen Bewilligungsverfahren. Die eingeleiteten Massnahmen sind ebenfalls aufgeführt. Wir begrüssen natürlich diese verschiedenen Vereinfachungen. Vor allem erhoffen wir uns, dass die KMU wie der Staat von diesen Vereinfachungen profitieren, nicht zuletzt indirekt in finanziellen Sachen.

Danke für Ihre Zustimmung.

Bruno Dobler (SVP, Lufingen): Die KMU sind die Stütze unserer Wirtschaft. Das wissen wir alle, aber sie leiden an der Bürokratisierung. Alle geben sich Mühe, dieser Rat, der Regierungsrat und die Verwaltung. Nur, reicht das? Das Angebot, das sehen wir in der Vorlage, ist vorhanden, doch viele, vor allem ganz kleine Unternehmungen können das nicht nutzen, weil sie gar keine Kenntnisse von diesem Angebot haben. Wir haben das bereits auch von Gabriela Winkler gehört. Beim Bauen und bei den Baubewilligungsverfahren trifft es eben die Kleinsten am stärksten. Das Verfahren ist kompliziert. Es ist langwierig, und der Bürokratisierungsgrad hat das Maximum erreicht. Er geht auf 100 Prozent zu. Es stimmt schon, je grösser die Verwaltung je perfekter die Bürokratie. Dabei bin ich auch für die Professionalität, aber Bürokratie: Nein.

Vor einigen Monaten ist in meinem Betrieb ein Fragebogen der Bildungsdirektion mit der Post reingeflattert, ein mehrseitiges Pamphlet, das ich aufgefordert wurde, auszufüllen. Das hätte mich einige Stunden Arbeit gekostet. In meiner Flugschule werden Piloten ohne staatliche Unterstützung ausgebildet, aber für die Statistik werden wir trotzdem mindestens zeitlich zur Kasse gebeten. Ein anderes Beispiel neueren Datums, das allerdings vom Bund kommt, ist der Zusammenschluss der Zeitungen «20 Minuten» und «Tages-Anzeiger». Das führt zu einem mehrseitigen Fragebogen. Die Fragen kann man nicht mit Ja und Nein beantworten, sondern man muss Text hineinschreiben. Auch das wird mehr als eine halbe Stunde Arbeit geben. Es ist im Begleitschreiben aufgeführt, dass man verpflichtet ist, dieses Pamphlet auszufüllen, und zwar verlangt dies das Kartellgesetz. Warum müssen wir es ausfüllen? Wegen nichts anderem, als weil wir als Inserenten Kunden des «Tages-Anzeigers» und von «20 Minuten» sind. So werden Kleinunternehmer bestraft, obwohl wir natürlich wissen, dass dieses Zusammengehen von «20 Minuten» und «Tages-Anzeiger» auf das Ausfüllen all dieser KMU keinen Einfluss hat.

Es ist sehr wichtig, dass unser Kanton, in dem sehr viele kleine und mittlere Unternehmungen ansässig sind, beim Bund vorstellig wird und wir uns selber aktiv beteiligen, dass die Bürokratisierung nach unten bewegt wird.

Mit der Abschreibung des Postulats werden die Probleme nicht gelöst. Hansruedi Hartmann hat sicher Recht, wenn er sagt, die KMU müssten mehr ernst genommen werden. Statt Bemühungen braucht es Taten von uns allen.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme unserer Berichterstattung. Ich danke Ihnen aber ebenso sehr für die kritischen Anregungen und die Begleitung dieses Aufgabenpakets und vor allem für die kritische Analyse Ihrer eigenen Vorschläge, wenn es darum geht, den Staat anzurufen, mit neuen Gesetzen tätig zu werden. Es sind einzelne Beispiele genannt worden, bei denen es noch nicht gut läuft. Darum sehe ich es als Daueraufgabe der Volkswirtschaftsdirektion wie auch der übrigen Direktionen, bei der Gesetzgebungsarbeit immer kritisch zu sein und auch hier die Möglichkeiten auszunützen, dass wir den KMU Hilfe bieten können. Sie können es mir glauben, ich war selbst bis vor ein paar Jahren ein KMU, und ich weiss, wie es mich geärgert hat, wenn ich wieder statistische Angaben zu beantworten bekam. Seit ich auf der anderen Seite bin, weiss ich, dass Statistiken kein Selbsttrieb der Verwaltung sind, sondern daraus wollen wir einen Überblick bekommen, um dann Hilfestellung soweit ordnungspolitisch sinnvoll und nötig bieten zu können.

Noch ein Wort zu den Schwierigkeiten vor allem der kleinen KMU, im Bewilligungswald durchzukommen: Hier mache ich Sie darauf aufmerksam, dass wir seit Jahren erfolgreich einen KMU-Lotsendienst in der Volkswirtschaftsdirektion, der auch in die anderen Direktionen hineinreicht, betreiben. Ich bitte Sie schon, dass wir nicht so weit gehen können, dass wir jedem KMU seine Sorgen in unseren Morgen träumen ablesen können. Ein einziges Telefonat muss er machen. Dann ist er beim Lotsendienst. Von 2001 ins 2002 wurden die Anfragen verdoppelt. Das zeigt uns, wie schwierig es im heutigen Umfeld ist, erfolgreich geschäften zu können. Die Sensibilität ist gegeben. Passieren bei uns Fehler, bitte ich Sie, diese anzubringen, damit wir besser werden können, denn ständiges Bemühen ist unser Auftrag, wie es auch bei jedem KMU und in der Wirtschaft der Fall ist.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst stillschweigend, dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage 3916 zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 298/1999 als erledigt abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Einführung familienfreundlicher Sonntagsabos durch den ZVV (*Reduzierte Debatte*)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 21. November 2001 zum Postulat KR-Nr. 331/1998 und gleich lautender Antrag der KEVU vom 12. Februar 2002, **3919**

Esther Arnet (SP, Dietikon), Referentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die Kurzfassung des Berichts zum Postulat betreffend Einführung familienfreundlicher Sonntagsabos könnte lauten: «Was gefordert wird, haben wir bereits.» Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt sieht das genauso. Eigentlich könnte ich mein Referat damit schliessen.

Etwas zeigte der Vorstoss aber auf: Offensichtlich sind die Angebote für Familien sehr gut, aber ebenso offensichtlich sind sie nicht genügend bekannt. Daher nehme ich die Gelegenheit wahr, aufzuzeigen, dass der ZVV (Zürcher Verkehrsverbund) auch familienfreundlich ist. Da wäre mal der 9-Uhr-Pass. Er wurde 1997 eingeführt und hat zum Ziel, den Freizeit- und Einkaufsverkehr vermehrt auf den öffentlichen Verkehr zu lenken. Der günstige 9-Uhr-Pass gilt an Werktagen, wie sein Name sagt, ab 9 Uhr und an den Wochenenden den ganzen Tag. Dieses Angebot ist vor allem für Wochenendausflüge und für Personen, die nicht die üblichen Arbeitszeiten haben, interessant, also ausgesprochen für Familien. Bei den SBB (Schweizerische Bundesbahnen) und das gilt natürlich auch für den ZVV fahren Kinder bis sechs Jahre in Begleitung gratis und mit der Juniorkarte, welche im Jahr nur gerade 20 Franken kostet, reisen auch Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre gratis, sofern mindestens ein Elternteil mitfährt. Dann gibt es noch die Kinder-Tageskarte. Zusätzlich bietet der ZVV für sein Verbundgebiet weitere Vergünstigungen für Familien an. So gelten die Familienvergünstigungen auch in Kombination mit allen Verbundfahrausweisen, also auch mit Abonnements, und die ermässigten Fahrpreise bei vielen Angeboten werden bis zum 25. Altersjahr verlängert. Auch beim 9-Uhr-Pass gilt die Familienvergünstigung.

Die KEVU ist somit der Meinung, dass die Angebote für Familien nicht nur an Sonntagen attraktiv und gut sind. Allerdings bestärkt sie den ZVV in seinen Bemühungen, dass insbesondere die Juniorkarte der SBB besser bekannt gemacht werden müsste. Es ist schlicht schade, wenn viele Familien nicht wissen, wie günstig sie mit ihren Kindern mit dem öffentlichen Verkehr reisen könnten.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die KEVU schliesst sich diesem Antrag mit Beschluss vom 12. Februar 2002 einstimmig an.

Laurenz Styger (SVP, Zürich): Bis anhin hat sich der ZVV immer dadurch ausgezeichnet, dass er sich in seinem Verbundnetz für eine einheitliche klare Tarifstruktur eingesetzt hat. Mit der hier angeregten Einführung eines familienfreundlichen Sonntagsabos würden wir diesen erfolgreichen Weg verlassen. Dazu kommt, dass, wie in der Vorlage erwähnt wird, im ZVV schon heute beträchtliche Vergünstigungen angeboten oder gewährt werden. Ich denke da nur an den 9-Uhr-Pass, der gerade an Wochenende ganztags, also ohne Zeitlimiten auch für ganze Familien seine Gültigkeit hat und der ZVV-Bahnreisende von diesem familienfreundlichen Angebot grosszügig Gebrauch machen könnte.

Die SVP ist ganz klar der Auffassung, dass sich der Kantonsrat nicht in die operativen Geschäfte des ZVV einmischen sollte. Sollte er dies jedoch aus irgendeinem Grund einmal tun, dann höchstens über die Einflussnahme der Tarifordnung und die mittel- und langfristige Entwicklung des Angebots im öffentlichen Personenverkehr. Diese Tarifordnung haben wir übrigens am 14. Mai 2001 für die Zeitspanne 2002 bis 2006 hier im Kantonsrat beschlossen und abgesegnet. Erstens: Im ZVV müssen die Angebote, daher auch die Vergünstigungen möglichst transparent gehalten werden. Zweitens: Die Vergünstigungen sollen oder dürfen die anderen Angebote nicht konkurrenzieren. Drittens: Im ZVV muss neben vielen anderen Problemstellungen auch wieder einmal ans Geldverdienen gedacht werden.

Die SVP ist für Abschreibung dieses Postulats.

Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach): Mein Postulat, das die Einführung familienfreundlicher Sonntagsabos durch den ZVV verlangte, habe ich aus zwei Gründen eingereicht. Erstens sollten Familien, die ohnehin viele Ausgaben zu tragen haben, ein günstiges Angebot erhalten. Zweitens und vielleicht wichtiger: Familien sollten motiviert werden, ihre Freizeitsmobilitätsbedürfnisse mit dem öffentlichen Verkehr zu gestalten. Dies würde auch eine umwelt-erzieherische Aufgabe erfüllen.

Die Anliegen des Postulats wurden geprüft, wofür ich herzlich danke. Der Bericht zeigt auf, dass günstige Möglichkeiten für Familien tatsächlich vorhanden sind. Der 9-Uhr-Pass steht auch Familien zur Verfügung. Dieser, kombiniert mit verschiedenen Fahrvergünstigungen, die auch national anerkannt sind, stellt ein sehr attraktives Angebot dar. Vorteilhaft ist auch, dass die Ermässigungen mit allen Verbundfahrausweisen beansprucht werden können. Wie Esther Arnet schon erwähnt hat, bleibt mit so einem guten Angebot nichts anderes übrig, als dies immer wieder bekannt zu machen.

Wir müssen trotzdem zur Kenntnis nehmen, dass für Familien, die keine ZVV- oder SBB-Fahrausweise besitzen, Bahnfahrten sehr teuer bleiben. Für dieses kleinere Marktsegment ist es offensichtlich nicht sinnvoll, weitere Angebote bereitzustellen. Ein überschaubares Fahrausweissortiment ist natürlich vorteilhaft.

Die Erfüllung des Postulats als solches ist nicht möglich, aber auch nicht nötig. Die EVP-Fraktion ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Das Grundanliegen von Nancy Bolleter ist richtig. Es ist Tatsache, dass der Freizeitverkehr rasant anschwillt, mehr noch als der Berufspendlerverkehr. Das Ziel sollte sein, diesen Verkehr zu substituieren, möglichst viele Familien auf den ÖV zu bringen, auch am Wochenende und in den Ferien oder noch besser, womöglich aufs Velo. Die Frage ist nun, wie wir diese Familien dazu bewegen können, den öffentlichen Verkehr anstelle des Autos zu benutzen, sicher nicht mit einer komplizierten Abostruktur, denn diese führt erfahrungsgemäss dazu, dass sich Bahnkunden immer wieder betrogen vorkommen, wenn sie ein noch günstigeres Abo übersehen haben. Trotzdem ist der ZVV gefordert, für Familien im Freizeitverkehr noch attraktiver zu werden. Er könnte dies beim neuen Rollmaterial, indem er beim Niedereinstieg genügend multifunktionalen Raum für Velos, Kinderwagen und im Winter auch für Schlitten schafft. Es müsste auch überlegt werden, ob für Familien auch ein attraktiveres Abo für Velotransporte geschaffen werden könnte. Tatsache ist, viele grössere Familien haben sehr günstige Tarife für die Personen, müssen aber sehr viel Geld in die Hand nehmen für den Velotransport. Die Wanderfamilie ist leider rar geworden. Die Velofamilie ist im Aufkommen.

Matthias Gfeller (Grüne, Winterthur): In Vertretung von Thomas Weibel darf ich bekannt geben, dass wir auch mit der Abschreibung des Postulats leben können.

Zur Familienfreundlichkeit: Wir Grünen sind entschieden der Meinung, dass Kinder haben nicht zu einem Armutsrisiko werden darf. Wir glauben aber, dass die Angebote des ZVV heute so sind, dass nicht hier der Hebel anzusetzen ist. Wo allenfalls der Hebel anzusetzen ist, ist bei technischen Fragen, die Willy Germann in Bezug auf den Veloverlad bereits angesprochen hat. Es gäbe ganz andere politische Schauplätze, wo dafür zu sorgen ist, dass Kinder zu haben nicht zum Armutsrisiko gehört. Aber ein Vorteil dieses Postulats war sicher, das Angebot etwas bekannter zu machen. In diesem Hinblick danke ich Nancy Bolleter dafür.

Der Freizeitverkehr ist auch bereits erwähnt worden. Er ist stark zunehmend. Hier hat der ZVV noch nicht alle passenden Antworten gefunden. Da müssen wahrscheinlich auch neue, originellere Angebote noch studiert werden, um den Freizeitverkehr besser auf den öffentlichen Verkehr umlagern zu können. Das ist sicher keine einfache Aufgabe.

Die beste Chance, mehr Freizeitverkehr auf den öffentlichen Verkehr zu bringen, haben wir oder leider eine Mehrheit im Kanton Zürich bei den letzten Abstimmungen verpasst. Wenn wir wenigstens dem Versuch mit vier autofreien Sonntagen zugestimmt hätten, dann hätten wir eine Art Einstiegsdroge für den öffentlichen Verkehr. Dann hätten wir das, was die Regierung auch eingangs in der Postulatsantwort beklagt, nämlich dass im Freizeitverkehr der ÖV den Fuss noch nicht so richtig auf den Boden gekriegt hat, sehr leicht verbessern können.

Ruedi Hatt (FDP, Richterswil): Auch die FDP ist vollkommen mit der Antwort des Regierungsrates einverstanden. Wir sind ebenfalls mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Die Gründe dazu sind erwähnt worden. Wir haben im ZVV genügend günstige Tarifmöglichkeiten. Der 9-Uhr-Pass ist erwähnt worden. Da gibt es Juniorkarten. Ich bin aber mit Willy Germann einverstanden, dass man diese Angebote den Familien und Reisenden besser zur Kenntnis bringen sollte. Es ist ärgerlich, wenn ich eine Reise getan habe und dann feststelle, dass es noch günstigere Möglichkeiten gegeben hätte. Deshalb muss der ZVV diese Angebote bekannt machen und für diese werben, damit die Familien auch davon Kenntnis haben, wie günstig sie mit all den angebotenen Möglichkeiten reisen können.

Es ist aber auch richtig, dass die Familienreisenden, wie der Bericht erläutert, nicht ein boomender Bereich sind. Viel boomender sind die familienübergreifenden Reisegruppen. Auch da wird es mit diesem Angebot möglich sein, zu günstigen Tarifen zu reisen.

Wir bitten Sie, der Abschreibung des Postulats zuzustimmen.

Marcel Burllet (SP, Regensdorf): Auch die Sozialdemokratische Fraktion ist einverstanden und kann mit der Abschreibung des Postulats leben. Wir sind aber nicht Feuer und Flamme.

Der Auftrag vor bald fünf Jahren war eigentlich kristallklar. Der ZVV soll ein familienfreundliches Abo einführen. Doch der Regierungsrat empfiehlt in seiner Antwort, dass ein solches Familienticket für den Sonntag weder angezeigt noch empfehlenswert ist. Die Analyse ist zwar messerscharf, doch die Forderungen am Schluss sind trüb und hätten familienfreundlicher herauskommen können.

Wir wissen, dass die Wettbewerbsposition des öffentlichen Verkehrs in den Nebenverkehrszeiten um einiges schlechter ist als im Berufsverkehr. Bereits sind über 50 Prozent aller Autofahrten im Freizeitbereich. Der ÖV muss demzufolge im Nebenverkehrs- oder Freizeitbereich unbedingt attraktiver werden. Nachfragesteigerung kommt durch Angebotsausbau, gezielter Vermarktung und attraktive Preise zu Stande. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort den 9-Uhr-Pass als preisgünstige Variante für Familien an und erwähnt die nationalen Kinderkarten, die auf den ZVV-Linien auch gültig sind. Hat der Regierungsrat vergessen, dass seit zwei Jahren diese Juniorkarten nicht mehr umsonst sind und vor den ZVV-Zeiten eine Familie mit nur einer einzigen Erwachsenenkarte einen Tag lang vollständig mindestens in der ganzen Stadt Zürich den öffentlichen Verkehr benutzen konnte? Halten wir also fest, dass heute im öffentlichen Verkehr eine schlechtere Preispolitik für Familien besteht. Wir bedauern das. Eigentlich sollte sich der öffentliche Verkehr im Kanton Zürich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen und weiterhin gegenüber dem Privatverkehr punkten. Wo der ZVV nämlich bisher im Freizeitverkehr aktiv geworden ist, war ihm grosser Erfolg beschieden. Das Beispiel der gut frequentierten Nachtzüge und Nachtbusse beweist es bestens.

Wir müssen keine Angst haben um die Stammkundinnen und -kunden. Es ist nicht gerechtfertigt, dass dann eine bestimmte Bevölkerungsgruppe besonders günstig verkehren könnte. Ein solches Familien-sonntagsabo konkurrenziert diese Stammkundinnen und -kunden nicht. Punkto Familienförderung würde ein spezielles ZVV-Sonntags-

abo sicher auch nur einen Tropfen auf den heissen Stein bedeuten. Der Kanton Zürich hat diesbezüglich in der Familienpolitik viel Nachholbedarf. Das ZVV-Motto «Ein Ticket für alles» sollte eigentlich für die Familie heissen «Ein Ticket für alle». Trotzdem muss die Strategie anderswo und grundsätzlicher ansetzen, damit die schlecht besetzten Züge und Busse speziell am Wochenende besser frequentiert werden. Wer jahrelang mit der Familie einen Sonntagsausflug mit dem Privatwagen unternimmt, ist mit einem speziell günstigen ZVV-Ticket nicht davon abzuhalten. Zu gross sind die Preisvorteile des Privatverkehrs, weil die Umweltkosten nicht eingerechnet werden. Welche Familie ist gleich bereit, 40 bis 50 Franken als Startkapital aufzuwerfen, damit sie einen Tag lang den ÖV im Kanton Zürich benutzen kann?

Schreiben wir das Postulat also als erledigt ab, aber hoffentlich und wenigstens mit einem schlechten Gewissen gegenüber den Familien.

Persönliche Erklärung

Sabine Ziegler (SP, Zürich): Der Vorstoss und die lebendige Diskussion bestätigen einiges. Das bestätigt, dass die Problematik des Freizeitverkehrs ernster genommen werden muss und dass die Chancen und die Strategien, die der ZVV einnimmt, besser angeschaut werden müssen. Die Fachwelt spricht seit ein paar Jahren über die Problematik des Wahnwitzes Freizeitverkehr. Leider hat die Fachwelt noch keine Patentlösungen. Es gibt keine einmalige Lösung, wie man überhaupt den Freizeitverkehr infrastrukturell handhaben kann. Wieso? Es geht darum, dass sich die Charakterisierung des Freizeitverkehrs in vier Punkten auszeichnet. Einerseits ist er spontaner. Er ist szenenhafter. Er findet über grössere Distanzen statt. Mehrere Destinationen werden angefahren. Heute steht im Vordergrund des Freizeitverkehrs die Einmaligkeit des Erlebnisses, die Sehnsucht und die Suche nach dem so genannten Erlebnispark Leben. Dies sagt Professor Enzo Manzini vom Politecnico di Milano.

Wenn wir jetzt über Infrastrukturleistungen, die der ZVV machen soll, sprechen, dann gibt es gerade im Bereich des Freizeitverkehrs oder des familienfreundlichen Verkehrs keine einmalige Abolösung, wie sie es sich die EVP wünscht. Wenn ich das Bild, das Nancy Bolleter genommen hat, ansehe, dann beruht es auf einer altmodischen Form der Familie. Die klassischen Familienausflüge gibt es nicht mehr in diesem Ausmass. Heute haben wir die so genannten Patchwork-Familien. Heute haben wir allein Erziehende. Hauptsächlich haben wir

viele jüngere Personen, die in der Szene unterwegs sind. Deshalb auf einem schwachen Markt ein neues Produkt wie ein Sonntagsabo einzuführen, wäre falsch und sinnlos. Aber wie auch Marcel Burlet gesagt hat, dürfen wir nicht zu Lasten der Familie... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat stimmt stillschweigend dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage 3919 zu und schreibt das Postulat KR-Nr. 331/1998 als erledigt ab.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Verpachtung von Landwirtschaftsbetrieben der landwirtschaftlichen Schulen (*Reduzierte Debatte*)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 27. Februar 2002 zum Postulat KR-Nr. 86/1998 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3946**

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat 86/1998 von Peter Oser und Mitunterzeichnern als erledigt abzuschreiben.

Im Rahmen einer umfassenden Reorganisation des Amtes für Landschaft und Natur wurde der Strickhof mit seinen drei Standorten Lindau, Wülflingen und Wetzikon sowie die Bäuerinnenschule Wülflingen organisatorisch zu einem Betrieb zusammengeführt. Der Strickhof wurde dadurch zu einem Ausbildungszentrum mit überregionaler Ausstrahlung. Seine Gutsbetriebe, früher als Musterbetriebe geführt, sind zu Ausbildungs- und Versuchsbetrieben geworden. Die Postulanten möchten diese Betriebsteile verpachten und die Leistungen der Pächter für die Aus- und Weiterbildung im Rahmen eines Leistungsauftrags als privatwirtschaftliche Leistungen einkaufen.

Während der Kommissionsberatung stellte sich heraus, dass das Postulat eine lange Geschichte hat. Bezweckt wird eigentlich die Umstellung auf die kontrollierte Freilandhaltung der Tiere, insbesondere der Schweine. Die Landwirtschaft macht einen tief greifenden und rasan-

ten Strukturwandel durch. Gemäss Postulanten haben viele Betriebe auf die kontrollierte Freilandhaltung umgestellt. Mit der Verpachtung, so hofften sie, würde dieser Schritt auch auf dem Strickhof erfolgen.

Die WAK nahm die Kontroverse zum Anlass, dem Strickhof Lindau einen Besuch abzustatten. Sie konnte sich davon überzeugen, dass der Strickhof ein gut geführter und innovativer Betrieb ist, der auf die Bedürfnisse und Anforderungen aus seinem Umfeld eingeht. Die Gutsbetriebe sind integrierender Bestandteil der umfassenden Aus- und Weiterbildungsangebote, welche für Voll- wie auch für Nebenerwerbsbetriebe angeboten werden. Die baulichen und betrieblichen Teile greifen derart ineinander, dass eine Aufteilung in Schul- und Pachtbetrieb kaum möglich und auch nicht sinnvoll ist. In Bezug auf die Schweinehaltung war tatsächlich festzustellen, dass der Stall heute nicht ideal angelegt ist.

Aus Sicht der WAK ist das Postulat in zweifacher Hinsicht abzuschreiben. Erstens besteht kein Anlass, die heutige erfolgreiche Struktur des Ausbildungszentrums Strickhof mit Ausbildungs- und Versuchsbetrieb aufzugeben. Zweitens zielt das Postulat auf einen Teilaspekt des Gutsbetriebs, nämlich die Tierhaltung, dem mit anderen Mitteln zu begegnen ist.

Vor diesem Hintergrund beantragt die WAK dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Der Vorstoss, der dieser Vorlage zu Grunde liegt, stammt unter anderem auch von unserem ehemaligen Fraktionsmitglied Peter Oser, weshalb er natürlich unsere volle Sympathie genossen hat. Im Vorstoss wurde verlangt, dass die kantonseigenen landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr selber geführt, sondern verpachtet werden sollen. In seiner Antwort legt der Regierungsrat dar, dass dies mittlerweile weitgehend gemacht wurde. Einzig der Strickhof, bestehend aus den beiden Höfen in Winterthur und Lindau, wird noch selber betrieben. Das ist auch gut begründet. Ein hauptsächlichlicher Grund für die Einreichung des Vorstosses war das Bestreben, mehr Innovation in die Betriebe zu bringen, die man im Visier hatte. Ob diese gewünschte innovative Haltung nun in den verpachteten Betrieben tatsächlich vorhanden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber was den Strickhof betrifft hat sich die WAK auf meine Anregung hin vor Ort einen Eindruck verschafft. Ich persönlich war beeindruckt von der Entwicklung, die die landwirtschaftliche Schule durchgemacht hat. Man hat bei der Präsentation der vielfältigen und

individuell gestaltbaren Lehrgänge fast Lust bekommen, selber hier eine Ausbildung anzufangen. Kompliment. Die Begeisterung verlässt einen aber, wenn man den viel diskutierten und viel kritisierten Schweinestall betritt. Wir glauben sehr gern, dass der Stall zum Zeitpunkt, als er gebaut wurde, das Nonplusultra darstellte und absolut auf dem neuesten Stand war. Aber das ist nun wirklich schon eine ganze Weile her. Wir haben die Bemühungen zur Kenntnis genommen, aus dem Vorhandenen das Beste zu machen. Wir sehen auch, dass die Sache baulich schwierig ist. Aber wir haben kein Verständnis dafür, dass das Thema seit mehr als zehn Jahren als Problem bekannt ist und trotzdem noch keine Lösung auf dem Tisch liegt. Es ist höchste Zeit.

Wir wollen, dass der Strickhof den Landwirten auch als Wegweiser in die Zukunft dient. Die Zukunft der Landwirtschaft wird durch die Begriffe Ökologie und Nachhaltigkeit geprägt. Diese müssen deshalb auch den Strickhof prägen.

Bis zum letzten Ausrufezeichen habe ich mein Votum zirka im Herbst 2002 geschrieben. Es hat nach wie vor seine Gültigkeit, auch wenn jetzt allorts Sparmassnahmen angekündigt wurden, so auch beim Strickhof. Die Sparmassnahmen, die jetzt aber wie ein Damoklesschwert über jeder Diskussion hängen, zeigen auch an diesem Beispiel, dass es unzweckmässig ist, politische Sachverhalte nur nach einem einzigen Kriterium zu beurteilen, nämlich danach, ob es etwas kostet oder nicht. Das kann jede Rechnermaschine, dazu braucht es uns gar nicht.

Ich hoffe also, dass Sie trotz aller Rhetorik noch willens und in der Lage sind, hier Inhalte zu diskutieren und die politische Marschrichtung dieses Kantons nach den Regeln der Demokratie zu diskutieren und darüber zu entscheiden. Sie könnten, um wieder zu den Schweinen zurückzukommen, damit beginnen, indem Sie den Vorstoss von Regula Ziegler und mir unterstützen, in dem wir konkret einen Kredit für einen Neubau des Schweinestalls fordern. Der Vorstoss fällt natürlich keinesfalls einfach weg, wie im Internet fälschlicherweise nachzulesen ist.

Wir stimmen der Abschreibung des Postulats zu, was aber keineswegs heisst, dass wir bezüglich der strickhöflichen Schweinehaltung die Waffen strecken.

Hansruedi Hartmann (FDP, Gossau): Die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung ebenfalls zu. Sie dankt der Volkswirtschaftsdirection für den klaren Bericht. Er zeigt die Problematik auf, warum es nicht

sinnvoll ist, weitere Landwirtschaftsbetriebe zu verpachten. Die WAK hatte Gelegenheit, sich ein eigenes Bild zu machen. Das Bild war beeindruckend. Ich hatte diese Gelegenheit schon beim Vorgänger des heutigen Volkswirtschaftsdirektors, Ernst Homberger. Auch damals waren die Schweine ein Thema. Aber überhaupt nichts ist nicht passiert in der Zwischenzeit. Ich überlasse diese Schweine daher den Frauen, die einen entsprechenden Vorstoss hängig haben.

Ich konnte mich davon überzeugen, dass ein Satz im Bericht voll zutrifft: «Die Nähe zur Praxis verleiht der Abteilung Glaubwürdigkeit in Lehre und Beratung.» Auf diese Nähe zur Praxis sind die Fachkräfte aus Kanton und Bund angewiesen. Der Strickhof hatte eine grosse Präsenz in der Presse. So stand zum Beispiel in der Neuen Zürcher Zeitung im September 2002 unter dem Titel «Einfache Unterkunft für 40 Mutterkühe: Verzicht auf Wende und Firlefanz» – auch eine Auswirkung auf die Nähe zur Praxis. Dass die Ausbildungspalette unter starkem Druck steht, weil immer weniger Schülerinnen anstehen, ist einsehbar. Dass dabei die spezielle Ausbildung im Bereich der Nebenerwerbstätigkeit in Gefahr steht, zu kurz zu kommen, hat auch etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun, aber nichts mit der Verpachtung der Betriebe. Gerade darum ist es wichtig, dass heute Lindau und Wülflingen direkt bewirtschaftet und nicht verpachtet werden. Nur so kann mit einem sehr hohen Grad an Flexibilität auf Neuerungen richtig reagiert werden, denn, so steht es auch im Bericht, der Strickhof soll auch Identifikationsort und Schaufenster des Berufsstandes sein. «Bettleranstalt wurde moderne Schule», so überschrieb der «Zürcher Oberländer» einen Bericht im April dieses Jahres über das 150-Jahr-Jubiläum des Strickhofs. Das soll er auch bleiben – eine moderne Schule.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Auch die Grünen sind als Mitinitiantinnen dieses Vorstosses für Abschreibung. Der Ausbau mit den beiden Betrieben Lindau und Wülflingen als Ausbildungs- und Versuchsbetriebe Strickhof, wie ihn die Regierung vorschlägt, macht Sinn. Wir sind aber klar der Meinung, dass dieser kantonale Betrieb als Vorzeigeobjekt zukunftsbezogen und nachhaltig funktionieren soll. Wir hoffen, dass dann der Vorstoss, der vielleicht noch heute besprochen wird, überwiesen wird, dass der Strickhof ein Vorzeigebetrieb für biologischen Landbau wird und nicht so wie Lindau in den letzten Monaten mit den Gentechversuchen für Schlagzeilen gesorgt hat. Es soll klar sein, die Bevölkerung auch von Zürich will natürliches Essen. Sie unterstützt die Allmachtsphantasien von gewissen Forschenden

nicht, die denken, dass die Natur mit gentechmanipuliertem Essen beeinflusst werden kann.

Daher schreiben wir das Postulat in diesem Sinn ab, dass das Fünfjahresmoratorium gegen Gentechversuche umgesetzt wird.

Fredi Binder (SVP, Knonau): Es stimmt mich fast nachdenklich, wenn der Kantonsrat einheitlich die Agrarpolitik des Kantons Zürich so positiv beurteilt. Das ist für mich ein Novum in diesem Saal, dass man hüben wie drüben gleicher Meinung ist. Trotzdem freut es mich natürlich einigermassen. Es zeigt, dass die Arbeit, die vor allem im Ausbildungs- und Bildungssektor der Landwirtschaft in den letzten Jahren getan wurde, langsam Früchte trägt. Trotzdem ist ein riesiges Damoklesschwert über der Landwirtschaft. Viele Betriebe werden die heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so ausrichten können, damit sie ihre Betriebe über die Runden bringen werden. Die neusten Zahlen zeigen heute, dass man nochmals davon ausgeht, dass rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe ihre Strukturen zu Gunsten von Neben- oder Zuerwerbsbetrieben ändern werden. Das ist eigentlich keine gute Voraussetzung für eine Ausbildungsstätte, wie wir sie am Strickhof haben. Trotzdem freut es mich, dass sich der Strickhof sehr dynamisch und sehr zukunftsorientiert dem Wandel der Zeit gestellt hat und heute eines der wenigen Ausbildungszentren der Schweiz ist, das nationale und internationale Ausstrahlung hat und auch haben wird. Der Strickhof wird wieder wie zu Beginn des letzten Jahrhunderts zu einem Zentrum einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik werden, das auch im nahen deutschen Raum gewisse Impulse bringen wird. Das ist ein grosses Verdienst, das der Volkswirtschaftsdirektion zuzuschreiben und das auch den Führungskräften im Strickhof zu verdanken ist, aber auch der Landwirtschaft im Kanton Zürich, die sehr intensiv mit dem Bildungszentrum zusammenarbeitet.

Trotzdem zeige ich zwei Sachen auf: Wenn man glaubt, man könnte nachhaltig und ökologisch produzieren und die Ökonomie dabei vergisst, dann bleibt die Landwirtschaft auf der Strecke. Sie als Konsumentinnen und Konsumenten werden bestimmen, welche Landwirtschaft in der Schweiz und vor allem im Kanton Zürich überlebt. Dass es eine rein biologische sein wird, das ist eine Utopie und wird nie Tatsache werden. Die neusten Zahlen zeigen auch bei Coop nachdenklich stimmende Resultate. Nach wie vor hat man das Bioreklamebild im Fernsehen. Die neusten Zahlen in der Entwicklung der Verkaufszahlen zeigen ganz ausdrücklich, dass die billigste Ware für den

Durchschnittskäufer immer noch die beste ist. Deshalb wird sich die Landwirtschaft bei der heutigen Wirtschaftslage nicht weiter ökologisch entwickeln, sondern vor allem ökonomisch, weil der Markt das verlangt. Deshalb glaube ich, dass das Bildungszentrum auch in dieser Hinsicht zukunftsorientiert und wegweisend sein wird. Deshalb werden wir nicht eine biologische Schule haben, sondern eine, die klar aufzeigt, wo die Rahmenbedingungen für die zukünftigen landwirtschaftlichen Unternehmen – das sind wir letztlich, wir sind KMU im weitesten Sinn – hingehen werden. Das wird dort hingehen, dass wir uns zu einem gewissen Teil in die Direktvermarktung bewegen werden. Der andere Teil wird sich den Anforderungen der Grossverteiler stellen müssen. Das wird heissen, möglichst ökonomisch zu produzieren, um dem Druck, den die Grenzen vor allem in der Milchwirtschaft bringen werden, Stand halten zu können. Das werden nicht unbedingt ökologische Massnahmen sein, die das bewirken werden.

Noch ein Punkt, den Sie angeschnitten haben, der aber nicht zu diesem Thema gehört: Die Schweinehaltung am Strickhof entspricht nach wie vor unseren Tierschutzvorschriften, die heute noch gang und gäbe sind. Sie wird diesen Vorschriften auch in Zukunft entsprechen. Dass es ein Wunsch ist, einen neuen Schweinestall zu bauen, das ist sogar uns Bauern bewusst. Es ist aber eine rein ökonomische Frage, ob Sie diese Gelder dann sprechen werden. Ich hoffe auf Ihr Verständnis. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir am Strickhof einen modernen, zukunftsgerichteten Schweinestall erstellen könnten. Dann müssen Sie sich aber bei den Sparvorschlägen überlegen, ob Sie dies wirklich tun wollen.

Biotechnologie wird eine der Zukunftsindustrien sein, die über den Wirtschaftsstandort Schweiz entscheiden wird. Überlegen Sie gut, wie Sie diese Zukunftstechnologie behandeln werden. Andere Länder werden diese... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion als Mitinitiantin dieses Vorstosses ist ebenfalls mit der Abschreibung einverstanden. Die Verpachtungen wurden weitgehend in unserem Sinn durchgeführt. Beim Strickhof haben wir bei der Besichtigung einen sehr guten Eindruck erhalten. Es ist festzustellen, dass auch unter den Schülerinnen und Schülern ein sehr gutes Betriebsklima besteht und dass man auch für Forschungsfragen offen ist, die dort sehr intensiv auch in ökonomischer Hinsicht vorgenommen werden.

Zu den Schweinen, immerhin die Schinken von morgen: Hier müssen wir feststellen, dass sie ein erbärmliches Dasein fristen. Die Bemühungen, dies zu ändern oder zu fördern, müssen nach wie vor als Traktandum auf der Liste bleiben. Wir sind der Meinung, dass hier Geld locker gemacht werden muss. Wir wollen eine tiergerechte Haltung. Wir wollen ökologische und nachhaltige Produktion. Selbstverständlich, Fredi Binder, sind wir auch der Meinung, dass man ökonomisch vorgehen muss. Gerade der Strickhof hat uns bei der Besichtigung immer wieder gesagt, wie sie die Ökonomie gegenüber den Bauern ernst nehmen und ihnen aufzeigen, wo sie Sparpotenzial haben, wo sie anders wirten können. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Es ist dann eher die SVP, die mit ihren Sparbemühungen den Bauern noch einige Franken wegnimmt, mindestens den Kleinbauern.

Was den Biomarkt anbelangt, ist dieser immerhin im Lebensmittelbereich der grösste zunehmende Markt, den es gibt. Daher ist es nicht so, dass man das nicht ernst nehmen muss. Das heisst nicht, dass ich jetzt fordere, der Strickhof sei biomässig zu führen. Aber dies einfach so hinunterzuspielen, ist etwas, was Ihnen von der Bauernschaft irgendwann auch weh tun wird.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Ich danke für die kritische Begutachtung des Strickhofs und vor allem auch der Kommission, dass sie sich die Mühe genommen hat im Masstab eins zu eins zu schauen, wie der Strickhof funktioniert. Für mich als Volkswirtschaftsdirektor ist der Strickhof eine strategische Erfolgsposition. Er war in den letzten zehn Jahren noch nie so gut belegt wie heute. Das zeigt auch, dass die Bauernschaft die Zeichen der Zeit erkannt hat, sich nämlich gut auszubilden, um in diesem schwierigen Umfeld, das mit der Strukturbereinigung in der Landwirtschaft stattfinden muss, bestehen zu können. Dazu braucht es eine ausgezeichnete Bildung. Der Kanton Zürich ist hier führend, das heisst über 80 Prozent der Betriebsleiter haben heute eine Betriebsleiterausbildung mitbekommen und eine abgeschlossene landwirtschaftliche Ausbildung. Es ist wichtig, dass in einem geschlossenen Betrieb, der ebenso offen ist für die Biolandwirtschaft wie für die Praxis der angestammten Landwirtschaft, die sich auf diesem Weg bewegt, diese Aufgabe aus der Ausbildung und dem Versuch, aus einer Hand heraus die Beratung ansetzen kann.

In diesem Sinn sind wir froh um die Abschreibung des Postulats.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat stimmt stillschweigend dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage 3946 zu und schreibt das Postulat KR-Nr. 86/1998 als erledigt ab.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit des Kantons Zürich mit Nachbarkantonen und dem angrenzenden Ausland

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 20. März 2002 zum Postulat KR-Nr. 207/1998 und gleich lautender Antrag der WAK vom 25. Juni 2002, **3957**

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat 207/1998 von Armin Heinimann und Mitunterzeichnern als erledigt abzuschreiben.

Unsere Kommission hat den Bericht der Regierung mit Interesse zur Kenntnis genommen, den sie als umfassend und aufschlussreich beurteilt. Der Kanton Zürich ist in einer Vielzahl von Gruppen entweder als Initiator, so zum Beispiel bei der Stiftung Greater Zurich Area oder als Mitwirkender bei der Ostschweizer Regierungskonferenz beteiligt. Als Wirtschaftsmotor der Schweiz und geografisch gesehen zentral gelegen, kommt es dem Kanton Zürich durchaus zu, sich vielfältig im In- und Ausland für die eigenen Belange zu engagieren. Die neue Bundesverfassung erlaubt es den Kantonen in Artikel 55 ausdrücklich, in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Ausland Verträge abzuschliessen und mit untergeordneten Behörden direkt zu verkehren. Es zeigt sich vor dem Hintergrund der Umsetzung der Bilateralen Abkommen sowie der allgemeinen Entwicklung im EU-Raum, der unser grösster Exportmarkt ist, dass solche Aktivitäten für die eigene wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Dabei wird die Zusammenarbeit nicht nur in Bezug auf Absatzmärkte und Produkterichtlinien gesucht, sondern ist genauso wertvoll in Infrastruktur- oder Bildungsfragen. Gerade beim Technologietransfer, also der Vermittlung von Wissen aus den Hochschulen in die Unternehmen, kann die öffentliche Hand eine Katalysatorfunktion einnehmen.

Diesbezüglich will man sich in nächster Zeit speziell an den Erfahrungen von Baden-Württemberg orientieren, welches ebenfalls an einer Kooperation mit unseren Hochschulen interessiert ist.

Die Beratungen in der WAK haben gezeigt, dass die Aktivitäten des Kantons durch die vorhandenen Ressourcen quasi natürlich begrenzt werden. Zwar bedeuten grosse Budgets für die staatliche Wirtschaftsförderung nicht automatisch, dass damit mehr ansiedlungswillige Unternehmen angeworben werden können, doch ist immerhin zu bedenken, dass allein die Kontaktpflege sehr aufwändig ist, insbesondere wenn sie sich auf wenige Personen konzentriert. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass die bisherigen Bestrebungen der Zusammenarbeit mit Privaten in so genannten «public private partnerships» erfolgreich sind. Gesamthaft ist allerdings festzustellen, dass sich die Wirtschaft des Kantons Zürich in einem komplexen Umfeld bewegt und gewisse negative Entwicklungen, die sich beispielsweise aus der stark reglementierten Binnenwirtschaft ergeben, durch die Wirtschaftsförderung nur bedingt wettgemacht werden können. Im Rahmen des in absehbarer Zeit von der Volkswirtschaftsdirektion präsentierten Gesetzesentwurfs für ein Wirtschaftsförderungsgesetz wird man sich unter anderem der Ressourcenfrage vertieft widmen müssen.

In organisatorischer Hinsicht stimmt die WAK den Ausführungen der Regierung zu, wonach die Volkswirtschaftsdirektion für die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit übergeordnet und die einzelnen Direktionen jeweils in ihren eigenen Zuständigkeitsbereichen selbstständig aktiv sein sollen. Die Organisationsstruktur innerhalb der Verwaltung stellt die nötige Koordination sicher, hat sich bewährt und soll vorläufig beibehalten werden.

Die WAK dankt dem Regierungsrat für den ausführlichen und informativen Bericht und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Armin Heinemann und Mitunterzeichnern als erledigt abzuschreiben. Die Kommission dankt Ihnen für die Unterstützung.

Hansruedi Hartmann (FDP, Gossau): Die FDP-Fraktion, allen voran der Erstunterzeichner, alt Kantonsrat Armin Heinemann, und die beiden Mitunterzeichnenden Lukas Briner und ich danken dem Volkswirtschaftsdirektor für den sehr aufschlussreichen Bericht und stimmen der Abschreibung zu.

Vor allem sind seit Einreichung des Vorstosses zahlreiche Massnahmen der Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen eingeleitet worden, insbesondere aber auch dem angrenzenden Ausland. Als ein Beispiel

ist das zweite Unternehmerforum Zürich/Baden-Württemberg zu nennen, das kürzlich stattgefunden hat und erfolgreich war. Wie wichtig im Besonderen die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit unseren deutschen Nachbarn ist, zeigt die Tatsache, dass zirka ein Viertel aller schweizerischen Exporte nach Deutschland fliessen und ungefähr ein Drittel aller Importe aus Deutschland bezogen werden. Ganz besonders ins Gewicht fallen die Aussenbeziehungen im Hinblick auf die grenznahen und europaweit gesehen sehr potenten Wirtschaftsregionen Baden-Württemberg und Bayern. So betragen zum Beispiel die Investitionen der Schweizer Wirtschaft in Baden-Württemberg über 13 Millionen Franken. Umgekehrt sind gegen 500 Unternehmen aus diesem süddeutschen Wirtschaftsraum an schweizerischen Unternehmen beteiligt. Dies ist so in der Neuen Zürcher Zeitung vom 1. Oktober 2002 nachzulesen. Dabei darf mit Sicherheit angenommen werden, dass der Kanton Zürich im Vergleich mit der übrigen Schweiz klar überproportional in die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und insbesondere dem süddeutschen Wirtschaftsraum involviert ist. Mit den zahlreichen aufgelisteten bereits konkretisierten sowie den geplanten wirtschaftspolitischen Massnahmen unternimmt der Regierungsrat die notwendigen Schritte, um die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraums Zürich und damit dessen Standortattraktivität langfristig und nachhaltig zu fördern. Das tut er gemäss dem Volkswirtschaftsdirektor auch weiterhin.

Ich bin erfreut über den umfassenden Bericht beziehungsweise die wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Regierungsrates. Die FDP-Fraktion und mit ihr die Postulanten sind wie der Regierungsrat für Abschreibung des Postulats.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Der Kanton Zürich ist mit seinen 1,2 Millionen Einwohnern im Vergleich zu den grossen Wirtschaftszentren Europas eher klein. Deshalb ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und privaten Unternehmungen zu einem weiterhin bedeutenden Wirtschaftsraum weiter entwickelt wird. Auch die Zusammenarbeit mit dem angrenzenden Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren zielgerichtet ausgebaut worden. Es finden regelmässige Treffen der Wirtschaftsminister aus Ländern und Kantonen statt. Gleichzeitig versucht man, einen Austausch von Technologietransfer zu organisieren. Ebenfalls sollen kleine Standorte als Brückenköpfe zum grossen Exportpartner USA geschaffen werden. Die Aussenbeziehungen des Kantons Zürich mit den Nachbar-

kantonen und dem angrenzenden Ausland wurden in den letzten Jahren stark intensiviert. Trotz der beschränkten Mittel wurden gute Resultate erzielt. Dies zeigt nicht zuletzt unsere Exportindustrie, die abgesehen von globalen Wirtschaftseinbrüchen sehr erfolgreich auftritt. Es wäre deshalb vermessen zu sagen, je höher die eingesetzten Mittel desto grösser der Erfolg. Gerade am Beispiel Baden-Württembergs sieht man, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen stimmen. Dafür hat sich der Staat primär einzusetzen. Übrigens der beste Wirtschaftsförderer unseres Landes ist Gerhard Schröder mit seiner Politik.

Die Volkswirtschaftsdirektion hat im Bereich des Machbaren sehr gute Resultate erzielt und hat uns in Aussicht gestellt, mit dem gleichen Effort weiterzuarbeiten, um den Wirtschaftskanton Zürich weiter in der Spitze der europäischen Wirtschaftsräume zu positionieren.

Die SVP-Fraktion anerkennt und unterstützt die aktive Arbeit der Volkswirtschaftsdirektion und ist deshalb für die Abschreibung des Postulats.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Auch die Grünen sind für Abschreibung, wenn wir auch nicht ganz zufrieden sind mit der Antwort der Regierung. Grundsätzlich sind wir auch für Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene, weil heute tatsächlich nicht mehr alles kantonale lösbar ist. Das Postulat stellte aber die Frage nach der langfristigen und nachhaltigen Wirtschaftsförderung und der Lebensraumförderung. Ich lese sehr viel hier, es ist eine wirklich gute Zusammenstellung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich lese aber wenig über die Förderung des Lebensraums. Es fehlt eigentlich die Frage, welche Wirtschaft und welche Rahmenbedingungen der Kanton will. Welches Wirtschaftskonzept steckt hinter der Zusammenarbeit? Ich lese, dass gute Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen, damit neue Firmen kommen. Das kann wohl nicht alles sein. Es braucht auch die Frage – der Regierungsrat hat richtig anerkannt, der Kanton Zürich ist ein kleiner Lebensraum und ist ohnehin schon sehr dicht besiedelt –, was neben der wirtschaftlichen Rentabilität sozial und ökologisch verträglich ist. Der kleine Raum hat Grenzen. Ein Lebensraum braucht dazu keinen Verkehrskollaps. Er braucht gesunde Luft und Freiräume für die Bevölkerung. Das ist einer der Hauptstandortfaktoren, die der Kanton Zürich hat. Dies ist ein bisschen bescheiden, da

könnte er sich tatsächlich noch ein bisschen besser präsentieren im Angebot der guten Lebensqualität. Diese ist zu erhalten und teilweise zu fördern.

Hätten Sie unsere Wirtschaftspolitik verfolgt, dann hätte die Swissair kein derartiges Fiasko gekannt, weil wir immer gesagt haben, der Megahub sei weder sozial noch ökologisch und wie wir heute alle sehen, auch nicht ökonomisch rentabel. Es war klar, dass sich die Bevölkerung dagegen stellen wird. Hätte man diese Sichtweise damals schon verfolgt, hätten wir kein derartiges Fiasko. Das heisst unserer Meinung nach nachhaltige Wirtschaftspolitik.

In diesem Sinn sind wir für Abschreibung.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Irritiert musste ich auf die Traktandenliste schauen, ob Sie tatsächlich zur Vorlage 3957 sprechen. Ich habe gemeint, Sie seien schon bei den Beiträgen an die Standortförderung.

Der Titel dieser Vorlage verspricht ziemlich viel mehr, als dahinter steckt. Aber trotzdem haben wir mit Interesse vom akribischen Bericht der Regierung Kenntnis genommen und begrüssen die Aktivitäten grundsätzlich. Das Postulat kann unserer Meinung nach abgeschrieben werden.

Nichts desto trotz ergreife ich die Gelegenheit, um eine Idee einzubringen. Die Kontakte zu anderen Kantonen und dem angrenzenden Ausland sind vielfältig und zahlreich. Wenn man auch noch die Kontakte der anderen politischen Bereiche dazunimmt, wird die Sache erst recht unübersichtlich. Hinzu kommt, dass alle diese Kontakte auf Regierungsebene stattfinden. Der Kantonsrat ist davon weitgehend ausgeschlossen, jedenfalls auf der sachlichen Ebene. Die Geschäftsleitung wird wohl zumindest gesellschaftliche Kontakte zu den anderen Kantonen pflegen. Den Fahnen entnehme ich, dass die Schwyzer heute erwartet werden. Für das Parlament als Ganzes sind die Aussenkontakte eigentlich kaum je ein Thema, ausser wenn wir eines der ungeliebten Konkordate absegnen müssen oder einen Ausflug machen. Es stellt sich die Frage, ob es nicht innerhalb der Regierung eine für die Koordination der Aussenkontakte zuständige Stelle geben müsste und ob dieser Bereich nicht auch einer Sachkommission zugewiesen werden sollte.

Gegen die Abschreibung des Postulats haben wir aber nichts.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Auch die EVP-Fraktion ist für Abschreibung des Postulats. Mit sehr wenigen Ressourcen, sprich Kapital und Personal, werden die auswärtigen Angelegenheiten intensiv mitverfolgt und Schlussfolgerungen daraus gezogen, welche auch notwendige gesetzliche Anpassungen in den Kontakten und zwischen Regierung und zuständigen auswärtigen Regierungsvertretern ermöglichen. Im internationalen Wettbewerb ist die Schweiz beziehungsweise der Kanton Zürich nach wie vor sehr gut platziert. Ich denke da auch an Lebensqualität, Bildung, Infrastruktur und Verkehrsmöglichkeiten, die wir doch europäisch gesehen im gehobenen Standard anbieten und die für die Standortauswahl von Firmen mit massgebend sind. Steuerlich, da müssen wir gar nicht darüber diskutieren, da haben uns die Deutschen fast ausgelacht, als sie gehört haben, dass wir überhaupt über Steuerfussenkungen diskutieren. Sie wären froh, sie wären auch nur annähernd in unseren Regionen.

Wir stellen fest, dass wir bei den so genannten weichen Indikatoren teilweise abfallen. Dies könnte mittel- und langfristig auf unsere Gesamtpositionierung negative Einflüsse haben. Unter den weichen Indikatoren, die aber massgeblich vom Bund beeinflusst sind, versteht man unter anderem die Wettbewerbsfreiheit. Auch hier werden die Kartelle nach wie vor ungebührlich geschützt, Parallelimporte verhindert. Das sind selbstverständlich wieder diejenigen, die hier eine Wirtschaftsförderung verlangen, die auf der anderen Seite die Wirtschaft wieder schützen. Das ist kein schönes Bild und macht es vor allem nicht sehr glaubwürdig.

Aktiv macht der Kanton Zürich in verschiedenen Bereichen national und international mit. Insbesondere auch die Kontakte mit Baden-Württemberg – seit dem Flughafenstreit vielleicht ein bisschen eine angespannte Situation –, aber auch mit Greater Zurich Area, der Bodenseekonferenz und der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz sind unseres Erachtens gute Foren, in denen man überregional miteinander sprechen kann.

Was uns ein bisschen bieder dünkt, ist die Präsentation des Kantons Zürich, wie sie sich weltweit gibt. Wenn ich da die Video- und DVD-Vorführungen von Baden-Württemberg anschau, denke ich mir, hier müssten wir noch einiges investieren. Aber auch hier gilt dasselbe, das ich in meinen letzten Voten gemacht habe: Ohne Geld geht das selbstverständlich nicht. Wer hier also von Wirtschaftsförderung spricht,

muss selbstverständlich auch Geld dafür sprechen. Wenn Sie das nicht machen, heisst das, dass Sie gegen den Standort Zürich sind, weil Sie verhindern, dass hier Wirtschaftsförderung gemacht wird.

Die EVP-Fraktion ist im Grossen und Ganzen mit dem Bericht zufrieden. Wir stellen fest, dass der Ausbau in den internationalen Beziehungen vor allem auch durch viel Engagement in der Direktion gut vorankommt. Wir hoffen, dass das weiter so geht und ausgebaut wird.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Der Bericht, den wir heute diskutieren, stammt vom März 2002. Das merkt man. Fast könnte man aber auch meinen, dass die meisten heutigen Voten ebenfalls im März 2002 schon geschrieben worden sind. Wenn man die Situation der Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und insbesondere mit Baden-Württemberg heute anschaut, dann sieht die doch etwas anders aus. Wenn der Kanton Aargau im Grossen Rat sagt, er sei von Zürich toupiert worden, die Zusammenarbeit mit Zürich sei in der letzten Zeit nicht mehr möglich gewesen, die Plattform Aargau/Zürich sei nicht benutzt worden, um die Fluglärmdiskussion sachlich und hinter verschlossenen Türen zu führen und wenn die Neue Zürcher Zeitung am 7. Mai 2003 einen grossen Artikel unter dem Titel «Nachbarkantone rufen den Bund gegen Zürich zu Hilfe» schreibt, dann ist das doch sehr alarmierend.

Weshalb hat man diese Instrumente, die im Bericht sehr gut dargestellt worden sind, im Verhältnis mit den Nachbarkantonen, was den Fluglärm betrifft, nicht benutzt? Das ist für mich eine unbeantwortete Frage. Ich möchte diese noch etwas konkretisieren. Ich möchte gern von Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker wissen, ob der Kanton Aargau von den verschiedenen Meinungsänderungen seit dem Ende des Runden Tisches Kenntnis gehabt hat? Hat man die Plattform Aargau/Zürich benutzt, um mit dem Kanton Aargau diese Änderungen zu diskutieren? Hat der Kanton Aargau selber um Gespräche in dieser Hinsicht und zu diesem Thema nachgesucht? Warum hat man das allenfalls nicht getan? Weshalb brüskiert man Nachbarkantone, wenn ihre Regierungen und Parlamente aus den Medien von wichtigen Meinungsänderungen in der Verkehrspolitik des Kantons Zürich Kenntnis erhalten? Hat man aus dieser Verstimmung und der alarmierenden Gemütslage in den Nachbarkantonen gelernt? Wird man diese sehr zahlreichen Instrumente und Plattformen in der Zukunft benutzen, insbesondere auch mit dem Kanton Aargau? Wird die Delegation des Zürcher Regierungsrates im Unique-Verwaltungsrat versuchen, die

Kommunikation der Unique auch in Bezug auf den Aargau und das Überfliegen des Aargaus mit den Aargauern vorher zu besprechen und diese Kommunikation entsprechend zu beeinflussen? Das sind für mich sehr wichtige Fragen. Wenn man gemeinsame wirtschaftspolitische Anstrengungen machen will, dann spielt das Klima doch auch eine sehr grosse Rolle. Natürlich ist mir auch klar, dass die Ansiedlung von Arbeitsplätzen nicht sehr von dieser Medienstimmung abhängig ist. Aber wenn die Kantone als Staatswesen zusammenarbeiten wollen, müssen ihre Exponenten diese Kommunikationskanäle vertrauensvoll benutzen und ein entsprechendes Gesprächsklima schaffen. Ich danke Ruedi Jeker schon jetzt für die Beantwortung meiner Fragen.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Es ist tatsächlich so, wie Arnold Suter das gesagt hat, dass der Kanton Zürich mit 1,2 Millionen Einwohnern selbstverständlich zu klein ist, um als europäischer Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden zu können. Trotzdem haben wir uns gegenüber einer internationalen Konkurrenz als Standort zu behaupten. Nicht die Konkurrenz zwischen Basel, Bern, Genf und Zürich steht an. Darum bin ich froh, dass man das auch so sieht. Sie haben dann die Gelegenheit beim Traktandum mit der Kreditsprechung für die Greater Zurich Area (GZA) den Tatbeweis zu erbringen, dass Sie bereit sind, uns diese Möglichkeiten zu geben.

Ich spreche jetzt vor allem auch noch das Wirtschaftskonzept von Katharina Prelicz an. Wir haben natürlich nicht nur den Wirtschaftsraum und den Wirtschaftsfaktor im Fokus, sondern der Kanton hat auch eine Richtplanung und eine Raumplanung. In diesem Sinn ist die Gesetzgebung nicht nur gegeben, sondern auch ausgefüllt mit Ihren Vorstellungen über die räumliche Entwicklung. Das letzte Mal haben wir das 1995 mit der Revision der Richtplanung entsprechend aufgenommen. Unsere Infrastrukturen werden auch ausgebaut. Hier nehmen wir sehr wohl die Lebensqualität sehr wichtig. Ich muss Ihnen aber als Volkswirtschaftsdirektor sagen, auch Arbeit und eine Zukunft für sich und die Familie zu haben, das ist für die Regierung auch Lebensqualität. Es ist selbstverständlich, dass hier konkurrierende Interessen gegeneinander abzuwägen sind. Im Moment zeigen sich diese konkurrierenden Interessen am Beispiel des Flughafens. Ruedi Lais hat dies angesprochen. Es ist natürlich mehr als nur ein leeres Wort, wenn wir mit den deutschen Nachbarn sprechen. Ich treffe mich regelmässig mit dem Vizepräsidenten von Baden-Württemberg, Wirtschaftsminister

Walter Döring. Ruedi Lais, wir haben am 30. September 2002 eine Plattform in Stuttgart gehabt. Wir haben, wie Sie sicher den Medien entnommen haben, am 20. März 2003 ein Unternehmerforum Baden-Württemberg in Zürich gehabt. Wir haben regen Anteil an den Nachbarregionen. Die Nachbarregionen in den Kantonen Aargau, Schaffhausen und Thurgau haben eine eigene Gruppe gebildet, um ihre Partikularinteressen am Flughafen mit einbringen zu können. Unsere Informationen und Kontakte gehen darüber hinaus. Hier ist der Flughafen immer ein Traktandum. Hier werden vor allem dann auch auf Sachbearbeiterebene diese entsprechenden Gesichtspunkte aufgenommen. Ich habe selbst eine eigene Plattform zum Flughafen im Vorfeld der SIL-Gespräche (Sachplan Infrastruktur Luftfahrt) eröffnet. Hier waren nicht nur Aargau, Schaffhausen und Thurgau mit dabei, hier waren auch alle angrenzenden Kantone bis in die Inner-schweiz mit Ersthandinformationen bedient. Am 8. November 2002, waren wir innert kürzester Frist vom Mittwoch auf den Freitag nicht in der Lage, auch die Nachbarkantone über die Neubeurteilung der Zürcher Regierung zeitgerecht zu informieren. Das ist ein Faktum, das kann ich entsprechend aufnehmen. Es wäre besser gewesen, wenn man das vorgängig hätte besprechen können. Aber die Zeit war dazu leider nicht gegeben.

Im Übrigen ist es Bundesaufgabe, die Kantone zu koordinieren. Das wird aktiv an der SIL-Konferenz gemacht. Damit sind natürlich auch die entsprechenden Nachbarkantone, die Sie genannt haben, Ruedi Lais, mitbeteiligt und sind auch im Bild. Dass die Kantone Aargau, Schaffhausen und auch Thurgau versuchen, dem Kanton Zürich im benachbarten deutschen Ausland einen schlechten Ruf zu geben, das bedaure ich sehr. Ich finde, dass man dies so zur Kenntnis nehmen muss, wie es ist. Hier vertreten die Kantone ihre eigenen Interessen. Wir sind offen für Gespräche. Wir werden diese Gespräche auch weiterführen. Vor allem gilt es dabei, die institutionalisierten Foren zu nutzen. Hier ist die SIL-Koordination das entsprechende Instrument. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass auf meine Initiative die Nachbarkantone Aargau, Schaffhausen und Thurgau auch am Runden Tisch mitvertreten sind, selbstverständlich auch das Land Baden-Württemberg mit dem Landkreis Waldshut. Hier ist man im Gespräch, nicht immer gleich intensiv, nicht immer in der gleichen Art. Letztlich geht es aber darum, ein gemeinsames Problem lösen zu können. Ich

muss das Faktum mitnehmen, dass je nach Himmelsrichtung die Interessen selbstverständlich unterschiedlich sind. Dies sind meine Informationen auf die Fragen von Ruedi Lais.

Im Übrigen sind wir dankbar für die Abschreibung des Postulats.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat stimmt stillschweigend dem Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission gemäss Vorlage 3957 zu und schreibt das Postulat KR-Nr. 207/1998 als erledigt ab.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (Änderung)

Antrag des Regierungsrates vom 30. Oktober 2002 und gleich lautender Antrag der WAK vom 4. Februar 2003, **4017**

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Bei der Vorlage 4017 handelt es sich um eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es ist eine kleine Änderung. Die WAK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieser Vorlage über eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zuzustimmen.

Die bereits heute bestehende tripartite Kommission für die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeberschaft, der Arbeitnehmerschaft und der Gemeinden wird aufgrund des Bundesgesetzes über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem so genannten Entsendegesetz, mit einer zusätzlichen Aufgabe betraut. Da die Kommission heute nur auf die spezifischen Bedürfnisse der Arbeitslosenversicherung ausgerichtet ist, wird eine Gesetzesänderung vorgeschlagen. Die tripartite Kommission soll aufgrund der neuen Aufgabe breiter abgestützt und bezüglich Mitgliedern erweitert werden, wobei zunächst eine Erweiterung von bisher neun auf neu zwölf Mitglieder vorgesehen ist.

Um auch in Zukunft eine gewisse Flexibilität zu gewährleisten, beantragt die Regierung eine offene Formulierung bezüglich Grösse und Zusammensetzung der tripartiten Kommission zu wählen. Nach dem Änderungsvorschlag bleibt deshalb die Zahl der Mitglieder der Kommission offen, desgleichen die Vertretung von Gemeinden oder Kanton. Die WAK schliesst sich den Überlegungen der Regierung an. Die Zusammenfassung beider Aufgabengebiete in einer einzigen tripartiten Kommission ist zum heutigen Zeitpunkt sinnvoll, denn die Aufgabengebiete sind eng miteinander verwandt. Die offene Formulierung wird ebenfalls begrüsst. Sie gewährt die nötige Flexibilität, denn sie erlaubt bei relativ unbedeutenden Änderungen sachgerecht zu reagieren, ohne jedesmal das Verfahren für eine Gesetzesänderung durchlaufen zu müssen.

Die WAK beantragt Ihnen deshalb, der Änderung des Einführungs-gesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zuzustimmen. Wir danken für Ihre Unterstützung.

Emil Manser (SVP, Winterthur): Die SVP begrüsst das Bestreben der Regierung, verschiedene Aufgabenbereiche zusammenzufassen und neu in einer Kommission zu behandeln. Wir sind überzeugt, dass dies eine Effizienzsteigerung bei der Ausführung der Arbeiten ermöglichen kann. Auch das Streichen der gesetzlichen Bestimmungen wie Anzahl Mitglieder, Anzahl Kommissionen und die zwingende Entsendung der Vertreter aus Gemeinden begrüssen wir grundsätzlich. Wir verweisen darauf, dass die Gesetzesänderung allein aber die von uns gewünschte Effizienzsteigerung noch nicht herbeiführt. Dazu ist auch die Umsetzung des Gedankens oder der Begründung in der Weisung notwendig. Die offene Formulierung lässt viel Spielraum. Als Beispiel wäre die bisherige Zusammensetzung unserer Meinung nach immer noch möglich. Dies zeigt, dass heute im Kanton Zürich in Gesetzen und Verordnungen, wie von der SVP mehrfach angetönt wird, noch viel zu viele Bestimmungen und Begrenzungen enthalten sind. Wir hoffen, dass dem Regierungsrat klar ist, dass die SVP trotz der heutigen Zustimmung ein Anwachsen der Anzahl Kommissionsmitglieder nicht mitträgt. Bei einer Kommission mit mehr als zwölf oder gar 15 Personen kann kaum die gewünschte Effizienzsteigerung erreicht werden.

In diesem Sinn stimmt die SVP dieser Gesetzesänderung zu.

Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon): Auch die SP-Fraktion stimmt der vorliegenden Änderung von Paragraf 4 des Einführungs-gesetzes zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zu.

Die bisherige Regelung sah vor, dass für die regionalen Arbeitsvermittlungszentren tripartite Kommissionen eingesetzt werden sollten, in der die Arbeitgeberschaft, die Arbeitnehmerschaft und die Behörden mit je drei Personen vertreten sein sollten. Demzufolge wurde für jedes RAV im Kanton eine eigene tripartite Kommission ernannt. Ich war selbst Mitglied der tripartiten Kommission des RAV Meilen. Wir mussten auch in unserer Kommission sehr bald erkennen, dass unser Handlungs- und Gestaltungsspielraum gemäss AVIG ziemlich klein war. Dies wirkte sich natürlich nicht besonders motivierend auf die Kommissionsmitglieder aus. Sowohl bei den Kommissionsmitgliedern der verschiedenen TPK als auch im federführenden AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit) kam deshalb bald die Erkenntnis, dass eine einzige Kommission für den ganzen Kanton, in welche die drei Parteien ihre federführenden Fachleute delegieren können, eine effiziente und sinnvolle Lösung wäre. Da nun auch das Entsendegesetz eine kantonale tripartite Kommission vorschreibt, scheint es logisch, für beide Aufgaben eine einzige kantonale Kommission einzuberufen. So können Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien, auch personelle optimal genutzt werden. Sollte man später zur Erkenntnis gelangen, dass doch mehr als eine Kommission nötig wird, so hat man sich mit der formulierten Mindestklausel die Türen offen gelassen. Dasselbe gilt für die Anzahl der Kommissionsmitglieder. Wichtig ist, dass Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Behörden in gleicher Anzahl vertreten sind. Wie gross diese Anzahl sein soll, wird die Erfahrung zeigen. Auch hier macht die offene Formulierung Sinn.

Die SP-Fraktion wird demzufolge der beantragten Gesetzesänderung zustimmen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Auch die EVP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass die Zusammenfassung in einer Kommission und die offene Formulierung der Mitgliederzahl sinnvoll sind. Im Gegensatz zu Emil Manser bin ich nicht der Meinung, dass man sich auf zwölf oder 15 fixieren soll, was die Mitgliederzahl anbelangt, sondern diese richtet sich nach der Notwendigkeit, sodass sie wirklich von allen Seiten mitgetragen wird.

Im Sinne der Vorlage bejahen wir die Effizienzsteigerung und stimmen der Vorlage zu.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 4

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Ernst Stocker: Damit ist die Vorlage in erster Lesung durchberaten. Sie geht an die Redaktionskommission. Die Schlussabstimmung wird im Anschluss an die Redaktionslesung durchgeführt. Diese findet in der Regel vier Wochen nach Beendigung der ersten Beratung statt.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für die Jahre 2003 – 2006 (*Ausgabenbremse*)

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 13. November 2002 und geänderter Antrag der WAK vom 25. Februar 2003, **4030 a**

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt dem Kantonsrat, die Vorlage 4030 betreffend Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing zu unterstützen und damit jährlich wiederkehrende Beiträge von rund 1,8 Millionen Franken für die Periode 2003 bis 2006 zu bewilligen.

Die WAK hat sich wiederholt mit der Thematik Wirtschaftsförderung befasst. Der vergleichsweise kleine Wirtschaftsraum Zürich steht in harter Konkurrenz zu den umliegenden Regionen in Deutschland, Italien und Frankreich. Damit Firmen überhaupt auf die Idee kommen, sich bei uns anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen, müssen ihnen die Vorzüge unseres Wirtschaftsraumes, die von internationalen Bewertungsinstituten regelmässig als sehr gut bezeichnet werden, dargelegt werden. Dies ist die Aufgabe der Stiftung Greater Zurich Area, genannt GZA. Die GZA ist unter Beteiligung von Privaten und des Staates entstanden und hat in den letzten Jahren recht erfolgreich gewirkt, wie der Bericht der Regierung mit einigen interessanten Zahlen belegt. Die seit 1998 ausgerichteten staatlichen Beiträge für das Standortmarketing haben zur Ansiedlung verschiedener wichtiger Unternehmen geführt, die wiederum Anziehungspunkte für andere Firmen im verwandten Umfeld darstellen. Die Ausrichtung der Aktivitäten auf Europa und vor allem Nordamerika und die Konzentration auf wichtige Branchen, so genannte Clusters sind anlässlich der beschränkten Mittel notwendig und richtig. Damit werden die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums unterstützt. Dank der Diversifizierung wird die Zürcher Wirtschaft insgesamt weniger abhängig von den einzelnen Branchen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Finanz- und Versicherungsbranche beispielsweise haben sich im Vergleich zur restlichen Schweiz überdurchschnittlich auf die Beschäftigtenzahlen ausgewirkt.

Die mit dieser Vorlage beantragten jährlichen Beiträge von rund 1,8 Millionen Franken – aufgrund des Verteilschlüssels bezahlt der Kanton 1.50 Franken pro Einwohner – für die Zeitperiode 2003 bis 2006 entsprechen im Umfang den bisherigen und sind im Vergleich zu anderen Euroregionen sehr bescheiden, wie die WAK anlässlich eines Besuchs beim Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg erfahren musste.

Der Wirtschaftsraum Zürich hat es trotz Einbezug der umliegenden Kantone aufgrund seiner Grösse schwer, sich gegenüber anderen Wirtschaftsräumen, die zudem stärkere Wachstumsraten ausweisen, bekannt zu machen. Die grosse Mehrheit der WAK erachtet es deshalb als wenig sinnvoll und auch als kaum kontrollierbar, wenn die Arbeit der GZA mit einem Leistungsauftrag, wie ihn eine Minderheit der WAK formuliert hat, zusätzlich erschwert wird. Zum einen ist umstritten, was unter dem Begriff «Nachhaltigkeit» zu verstehen ist, zum anderen müssen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften für alle

Unternehmen gelten, für ansässige wie für ansiedlungswillige neue Firmen. Ausserdem hat dieser Anforderungskatalog nichts mit Standortmarketing, sondern etwas mit Standortentwicklung zu tun, was aber nicht das Thema dieser Vorlage ist. Die Mehrheit der WAK ist überzeugt, dass sich die finanzielle Beteiligung an der GZA positiv auf den Wirtschaftsstandort Zürich auswirkt.

Sie beantragt Ihnen deshalb, der Vorlage 4030 und damit den Beiträgen an die GZA für die nächsten vier Jahre zuzustimmen.

Germain Mittaz (CVP, Dietikon): Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Mehrheitsantrag zuzustimmen.

Die Trägerorganisation leistet sehr gute Arbeit. Sie ist aufgrund ihrer Vergangenheit Garant für Seriosität und Flexibilität. Die GZA ist sehr aktiv und durfte bis heute echte und konkrete Erfolge verbuchen. Der Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich ist auch Präsident der GZA und somit verpflichtet, dass gewisse Richtlinien eingehalten werden. Wir dürfen eine Kreditvorlage nicht einfach an pauschale Attribute binden, dies umso mehr, wenn man weiss, dass andere Kantone an dieser Finanzierung mitbeteiligt sind. Die Organe, sprich der Stiftungsrat müssen meines Erachtens allerdings selbstverständlich auf die Ökologie achten. Diese betrachte ich persönlich als Pflicht. Für jedes Unternehmen gilt es, Gesetze einzuhalten. Selbstverständlich gelten hier die gleichen Vorschriften.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SP-Fraktion die Beiträge an die GZA Standortmarketing für die nächsten vier Jahre unterstützt.

Zwar könnte man sich fundamental-kritisch fragen, ob es wirklich sinnvoll ist, dass sich die verschiedenen Wirtschaftsregionen mit viel Aufwand die Unternehmen abjagen, aber die Frage, ob Zürich ein Standortmarketing braucht oder nicht, war in dem Moment beantwortet, als es überall sonst üblich wurde, Standortmarketing zu betreiben. Weiter könnte man sich fragen, ob es richtig ist, dass sich der Staat am Standortmarketing beteiligt oder ob das die Wirtschaft nicht auch selber erledigen könnte. Wenn man aber bedenkt, wer von der Ansiedlung neuer Unternehmen profitiert, ist die gewählt Form, nämlich die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Geldgebern absolut richtig. Es profitieren die Menschen durch mehr Arbeitsplätze. Es

profitiert der Staat durch mehr Steuereinnahmen, sofern sie ihm nicht gleich wieder weggekürzt werden. Es profitieren die Unternehmen von einem Standort, der zum Beispiel vom Branchenmix her oder von dem her, was Sie als Dienstleistung benötigen, das Gewünschte bietet.

Wären wir also zu guter Letzt wieder beim lieben Geld. Gut 1,8 Millionen Franken jährlich sind nicht gerade ein Pappenstiel, aber so viel nun auch wieder nicht. Mit den Zahlen, die das Standortmarketing im Ausland zur Verfügung hat, wollen wir uns schon gar nicht anfangen zu vergleichen. Es wäre frustrierend.

Wir sind der Meinung, dass sich der Beitrag lohnt und schliesslich auch wieder auszahlt. Deshalb stimmen wir der Vorlage grundsätzlich zu.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang): Zusammen mit einer noch unbekanntem Anzahl Fraktionskollegen werde ich diesem Antrag nicht zustimmen.

Lassen Sie mich das kurz begründen. Es ist das alte Spiel, das da wieder losgeht. Zuerst sollen wir Ja sagen zu einem Rahmenkredit. Wir geben den kleinen Finger für den Rahmenkredit. Im Herbst kommt dann die Stunde der Wahrheit. Dann werden wir an den Rahmenkredit erinnert, an unsere Zustimmung dazu. Wir müssen dann die entsprechende Kröte im Voranschlag schlucken. Dann geben wir die ganze Hand. Dann mit der Rechnung und mit dem im Finanzhaushaltsgesetz geforderten mittelfristigen Ausgleich der Rechnung nimmt es uns gleich den ganzen Ärmel hinein.

Das Geschäft untersteht der Ausgabenbremse. Wir beschliessen also angesichts des Sanierungsprogramms 2004 in einem Bereich des Staats, in dem wir freiwillig Leistungen erbringen, Mehrausgaben. So kann es doch wirklich nicht gehen. Wenn wir den Tatbeweis antreten wollen, dass wir sparwillig sind und den mittelfristigen Finanzausgleich hinbringen wollen, dann können wir diesen Kredit nur ablehnen. Wir eröffnen damit auch die Möglichkeit, dass vielleicht die Rahmenbedingungen für den Kanton Zürich in dieser Greater Zurich Area neu ausgehandelt werden können. Wir eröffnen auch die Möglichkeit, dass vielleicht die Greater Zurich Area, die als privatwirtschaftliche Aktiengesellschaft organisiert ist, in Zukunft das Budget 2004 mit 3,8 Millionen Franken gestaltet statt mit 4 Millionen Franken und sicher auch noch genügend Wirkung erzielen kann.

In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion sagt Ja zu dieser Vorlage. Sie ist unbestritten.

Wir sind auch der Meinung, dass wir das Engagement des Staats im Rahmen des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung unterstützen. Dies ist nur im Verbund möglich. Das hat auch die Swiss gesehen. Man braucht einen grösseren Verbund, um überhaupt wahrgenommen zu werden und konkurrenzfähig zu bleiben. Hier hat sich die GZA tatsächlich profiliert und hat sehr gute Arbeit gemacht. Unsere Beziehungen zu Baden-Württemberg als grösserer nächster Verbund sind ebenfalls exzellent und sollen gefördert werden.

Wenn Werner Bosshard sagt, dass die Notwendigkeit nicht gegeben ist und das Budget dann wieder der Hemmfuss sei, dann muss ich ihm sagen, das wäre der normale Ablauf, dass man zuerst die Notwendigkeit beurteilt. Hier sagen wir Ja. Nachher sagt man Ja zum Kredit, und dann sagt man auch irgendwo Ja zu den Steuern, die sich daraus ergeben. Was Sie machen, ist immer der umgekehrte Fall. Sie sagen einfach, man sollte, man müsste, wir machen für die einen. Sie sagen dann bei den Finanzen wieder Nein. Damit sind Sie unglaubwürdig geworden und tragen nicht dazu bei, dass die Stabilität in wirtschaftlichen Fragen im Kanton Zürich und damit auch in der Schweiz gegeben ist.

Den Minderheitsantrag der Grünen unterstützen wir nicht. Die Gesetzgebung hat genügend Einfluss, um zu sagen, wo die ökologischen Grenzen sind. Hier einfach plakativ ein bisschen Werbung zu machen, ist unnötig.

Wir unterstützen die Vorlage gemäss Mehrheitsantrag.

Lukas Briner (FDP, Uster): Zuhanden der neuen Ratsmitglieder teile ich einmal mehr mit, dass ich dem Stiftungsrat von Greater Zurich Area angehöre. Damit ist aber keine persönliche Interessenvertretung verbunden, denn dort vertrete ich ausschliesslich Interessen des Wirtschaftsraums Zürich.

Die Greater Zurich Area ist ein Schlüssel, und sie hat einen Schlüssel. Sie ist der Schlüssel zum Erfolg des Wirtschaftsstandortes Zürich, aber nur der Schlüssel. Die Qualität müssen wir selber herstellen, aber wir müssen die Tür weit öffnen, damit die Öffentlichkeit auch im Ausland das erkennt. Das Instrument dazu ist die Greater Zurich Area. Sie hat einen Schlüssel, das ist nämlich der Verteilschlüssel der Kosten. Der Präsident der WAK hat es gesagt, das sind 1.50 Franken pro Ein-

wohner der beteiligten Kantone. Wenn nun Zürich seinen Beitrag kürzt oder gar streicht, dann hat das nicht nur auf das Budget der GZA diese Konsequenz im Umfang dieses gekürzten oder nicht gesprochenen Betrags, sondern dann werden die anderen Mitgliedskantone gleiches Recht für sich beanspruchen und die privaten Träger, die man mit sehr viel Überzeugungskraft bei der Stange halten muss, werden sofort aussteigen. Mit anderen Worten: Eine Ablehnung des Kredits hätte den sofortigen Untergang dieser Organisation zur Folge. Es ist nämlich nicht selbstverständlich, dass private Unternehmungen an diese Standortmarketingübung beitragen, aber es ist hoch erfreulich.

Die Greater Zurich Area, also der Grossraum Zürich, ist wirklich great, also grossartig. Aber das muss man im Ausland auch wissen. Wir brauchen ausländische Investoren im Wirtschaftsraum Zürich, so gut wie wir im Ausland investieren. Diese Investoren brauchen erstens Geld. Das haben sie zurzeit nicht. Daher kommt zum Teil das Missverständnis, es werde zu wenig Erfolg erzielt. Aber die Zeiten der Investitionen werden wieder kommen. Da müssen wir am Ball sein. Die ausländischen Investoren brauchen neben Geld auch Argumente. Die Zeiten sind vorbei, als ein Management einer Grossunternehmung einfach sagt: Wir gehen nach Zürich. Dort ist es gut. Sie brauchen heute Argumente, die sie absichern vor den eigenen Aktionären, vor der Finanzpresse und was weiss ich. Deshalb werden Standortevaluationen durch spezialisierte Unternehmungen oder Beratungsfirmen gemacht. Eine davon – ich will zwar keine Reklame machen – ist zum Beispiel Boston Consulting. Diese Unternehmen erheben aber die Daten der möglichen Wirtschaftsstandorte für ihre Kunden nicht selbst, sondern sie setzen sich mit der jeweiligen Marketingorganisation in Verbindung. Das ist genau die Greater Zurich Area. Ohne diese Schnittstelle erhalten diese Unternehmungen diese Daten gar nicht. Wenn sie sie nicht erhalten, dann kommt Zürich nicht einmal bei der Auswahlsendung vor, wenn es darum geht, einen Standort zu evaluieren. Oder auf Frühenglisch: Zürich kommt nicht einmal auf die shortlist.

Also müssen wir, ob uns das passt oder nicht, gleich lange Spiesse auf den internationalen Märkten haben. Wir machen das mit einem ausserordentlich bescheidenen Aufwand. Wenn Greater Zurich Area einen Mangel hat, dann höchstens den, dass die Organisation im Grunde genommen zu klein ist. Sollten wir aussteigen, bleiben die anderen Regionen im Ausland und die anderen Regionen in der Schweiz am Ball. Ich hoffe, dass ist auch bei uns der Fall, sonst gibt es einen Knall. Stimmen Sie zu.

Bruno Dobler (SVP, Lufingen): Richtig ist, eine Unternehmung lässt sich dann nieder, wenn das Produkt stimmt. Was ist das Produkt? Neben Personal eine funktionierende Infrastruktur, tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren. Zürich hat dafür noch eine gute Ausgangslage. Der Wettbewerb verschärft sich aber. Hier ist der Hebel anzusetzen. Der Abstand zu den hinter uns liegenden Regionen ist auszubauen, mindestens aber beizubehalten. Heute geschieht das Gegenteil. In diesem Zusammenhang ist auch die Bürokratisierung zu nennen, über die wir heute Morgen auch schon gesprochen haben. Der Verteilschlüssel für die Beiträge an Greater Zurich Area ist für mich fraglich. Dass pro Einwohner einfach 1.50 Franken anfallen, stört. Zürich bezahlt wieder am meisten. Auch frage ich mich, ob die Beiträge im Rahmen des Einsparprogramms – das Budget 2004 steht unmittelbar vor der Tür – künftig wirklich auch im Ausmass des Betrags Sinn und Nutzen stiften.

Ich war in der WAK damals dafür, dass man das unterstützt. Heute aber, im Lichte des regierungsrätlichen Sparprogramms, bin ich dagegen. Das Argument, dass es sich bei 1,8 Millionen Franken nur um einen kleinen Betrag handelt, überzeugt mich in diesen Zeiten nicht. Zudem muss ich Ihnen gestehen, dass ich den einen oder anderen kenne, der nicht einmal 1 Million Franken hat.

Optimierungen der Rahmenbedingungen ist das Wichtigste. In Baden-Württemberg fehlen diese. Deshalb muss Baden-Württemberg mit sehr viel Geld und vielen Massnahmen Unternehmen in ihren Wirtschaftsraum locken. Baden-Württemberg macht wirklich viel. Ich konnte mich auf der Studienreise der WAK überzeugen, dass sich Baden-Württemberg dann hervorragend als Unternehmensstandort eignet, wenn man eine Unternehmung mit viel staatlicher Unterstützung gründen will. Das funktioniert so lange gut, wie die Unternehmung Verluste macht. Sobald sich aber Gewinne abzeichnen und einstellen, muss man wegziehen, zum Beispiel in den Wirtschaftsraum Zürich – wenn es uns gelingt, den Abstand zu diesen Regionen gross genug zu halten. Baden-Württemberg ist für die Zürich-Region das Gebiet, wo wir auf die Jagd nach prosperierenden Unternehmungen gehen können und müssen.

Ich bin überzeugt, dass die Unternehmungen den Weg nach Zürich relativ schnell finden, wenn unsere Rahmenbedingungen gegenüber dem Ausland entscheidend besser sind. Dazu braucht es keine allzu grosse staatlich geförderte Werbekampagne. Sagen Sie Nein. Ich schliesse mich der Aussage von Werner Bosshard an. Sollten Sie trotzdem Ja

sagen zu dieser Vorlage, dann werden wir die nächsten vier Jahre mit Argusaugen schauen, was mit diesem Geld passiert und ob dieser Sinn und Nutzen dem entspricht, was die Befürworter hier sagen.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Ich vertrete den gegenteiligen Standpunkt von Bruno Dobler, den gleichen wie in der Kommission.

Er hat es richtig gesagt, es sind sehr bescheidene Mittel, die wir einsetzen, 1.50 Franken pro Einwohner. Das macht 1,8 Millionen Franken vom Kanton Zürich. Ein Drittel wird sogar von Privaten beigesteuert. Auf der anderen Seite Baden-Württemberg, da werden zirka 100 Millionen Euro jedes Jahr für die Wirtschaftsförderung bereitgestellt. Auch ich bin der Ansicht, nicht die Menge der Mittel ist entscheidend, sondern was man damit macht. Das haben wir bei den vorherigen Traktanden klar herausgestrichen. Einen gewissen Anteil finanzieller Mittel braucht es, um unseren Kanton Zürich nach aussen bekannt zu machen. Wenn man sieht, dass praktisch täglich eine Firma aus dem deutschen Raum in die Schweiz und in den Kanton Zürich angesiedelt wird, dann ist dieser Betrag gerechtfertigt.

Darum bin ich der Meinung, dass unsere Fraktion nach wie vor die 1,8 Millionen Franken für die Wirtschaftsförderung im Kanton Zürich sprechen sollte.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Mein vorheriges Votum hatte eigentlich einen ersten Satz, den ich etwas voreilig gestrichen habe, weil ich dachte, es sei jetzt genug damit, auf Ihnen herumzuhacken. Trotzdem sage ich ihn doch noch. Ich habe Ihnen vorher schon gesagt, dass ich davon ausgehe, dass wir hier sind, um miteinander Inhalte zu diskutieren und nicht, um zu entscheiden, ob es etwas kostet – Daumen runter; kostet es nichts: Daumen rauf. Allerdings muss ich Werner Bosshard noch gratulieren. Er hat endlich begriffen, dass das Budget etwas mit Entscheiden zu tun hat, die im Lauf des Jahres oder im Lauf der Jahre gefällt werden. Das ist erfreulich. Allerdings vertritt er hier natürlich die falsche Meinung. Denn wie ich vorhin gesagt habe, ist dies eine Investition, die sich lohnt, die sich auszahlen wird. Dieser Sparschuss wird sich als Eigengoal entpuppen.

Deshalb sollten Sie dieser Vorlage zustimmen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Nachdem Lukas Briner hier einen Spott gemacht hat für alle seine Hausmächte, die er vertritt, möchte ich zur Wirtschaftsförderung auch noch etwas sagen.

Mich erstaunt immer wieder, wie unbedarft offenbar diese ausländischen Topshots sind, wenn sie in die Schweiz kommen und ihnen nur eine spezielle Person helfen kann, entsprechend dem, was Lukas Briner mit der GZA entworfen hat. Wir haben eine staatliche Wirtschaftsförderung. Die wird in diesem neuen Bericht zwar zurechtgestutzt, man sagt, die GAZ werbe an und gehe ins Ausland. Die staatliche Wirtschaftsförderung würde dann sozusagen die kleine Arbeit machen, nämlich sie führen die Firmen durch die Verwaltung. Jede Arbeit, die hier besprochen worden ist und die die GZA macht, kann die Verwaltung auch. Nach wie vor ist es so, wir bezahlen doppelt. Wir bezahlen nicht nur die 1,8 Millionen Franken, wir bezahlen auch die Wirtschaftsförderung der Verwaltung.

Wir haben einen Minderheitsantrag gestellt. Katharina Prelicz wird ihn vertreten. Wenn dieser nicht durchkommt, werde ich zu dieser Vorlage Nein stimmen.

Lukas Briner (FDP, Uster): Ich spreche nicht gern ein zweites Mal, aber wenn mein lieber Freund, Bruno Dobler, mir nicht zuhört, dann muss ich mich halt wiederholen. Ein Sparprogramm wäre das nicht, wenn man diesen Kredit kürzt, denn der zahlt sich über Steuern und indirekte Wirtschaftsfaktoren mehr als selbst, wenn wir genügend Ansiedlungen herbringen. Das ist das eine. Das Zweite sind die guten Rahmenbedingungen. Da stimme ich mit Bruno Dobler absolut überein. Zuerst muss das Produkt stimmen, bevor man Marketing betreibt. Das steht im Marketinglehrbuch im ersten Kapitel. Dann kommt das zweite Kapitel. Man muss das auch bekannt machen. Es nützt gar nichts, gut zu sein, wenn man das nicht detailliert im Einzelfall zugeschnitten auf die Bedürfnisse dessen, der fragt, innert aller kürzester Frist beantworten kann. Die Zürcher Handelskammer hat, als es die GZA noch nicht gab, diese Aufgabe manchmal übernommen. Das ist eine ausserordentlich mühselige, langwierige Arbeit, die ein privater Wirtschaftsverband mit wenig Mitarbeitenden gar nicht bewältigen kann. Das ist jedes Mal ein Riesenaufwand. Es braucht unzählige Kontakte. Um diese Kontakte herzustellen, braucht es eine Schnittstelle. Das ist die Greater Zurich Area.

Esther Guyer geht von falschen Voraussetzungen aus. Wir haben eine saubere Arbeitsteilung dieser beiden Organisationen. Man kann auch nur eine machen. Das haben wir auch schon diskutiert. Dann ist sie doppelt so gross. Es gibt keine Überschneidungen, sondern es gibt ein ganz klares Ablaufschema. Marketing in Amerika oder in Deutschland zu machen, das kann die Verwaltung nicht. Das ist eines der ganz wichtigen Dinge. Wir müssen uns im Ausland ins Gespräch bringen. Wir müssen uns ins Spiel bringen. Das ist nicht Aufgabe der Verwaltung. Das kann sie nicht. Niemand kommt von selbst in die Schweiz. Diese Zeiten sind vorbei. Diese Topshots entscheiden nicht mehr einsam und allein, sondern sie müssen sich mit entsprechenden Gutachten rechtfertigen. Diese Gutachten basieren auf Zahlen, die man ihnen liefern muss. Dafür haben wir diese Organisation.

Bruno Dobler sagt mit Recht, man könne jetzt gerade – es kann wieder ändern – in Baden-Württemberg oder überhaupt in Deutschland auf die Jagd gehen. Wenn wir auf die Jagd gehen und wollen, dass das Wild überlebt, dann können wir nicht die Flinte mitnehmen, sondern höchstens ein Fangnetz. Dieses Fangnetz haben wir. Es heisst Greater Zurich Area.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Nachdem das zweite Votum von Lukas Briner nun sehr viel moderater ausgefallen ist, möchte ich trotzdem auf sein erstes Votum zurückkommen. Er hat uns dabei vorgeworfen, dass wir diese Institution kaputt machen wollten, dass sie zu Grunde geht, wenn wir verlangen, dass gegenüber den bisherigen keine erhöhten Beiträge ausgesprochen werden. Deshalb untersteht die Abstimmung auch der Ausgabenbremse. Das ist nicht so. Wir verlangen nicht die Schliessung dieser Institution, sondern wir verlangen nur, dass in der jetzigen finanziellen Situation nicht nochmals Gelder aufgestockt werden, weil wir das nachher mit den Sparbemühungen der Regierung nicht unter ein Dach bringen können. Dann werden wir uns wieder unterhalten müssen, wo denn gespart wird, wenn überhaupt.

Das Zweite, das mich noch viel mehr gestört hat: Lukas Briner, Sie haben gesagt, mit grosser Mühe behalte man die privaten Mitfinanzierer bei der Stange. Wenn das so ist, dann muss ich nach der Qualität dieser Institution fragen. Wenn diese Qualität nämlich ausgewiesen und gross ist, dann sind auch die privaten Unternehmungen und Verbände sicher bereit, sich hier finanziell zu engagieren. Wenn das nicht der Fall ist, dann kann es auch der Staat allein nicht schaffen. Es ist

auch nicht die Aufgabe des Staates. Die Aufgabe des Staates – ich betone nochmals, was Werner Bosshard und Bruno Dobler schon gesagt haben – ist, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und damit dafür zu sorgen, dass Unternehmungen zu uns in die Schweiz kommen wollen. Wir sehen das auch. In der Vergangenheit haben wir hier Erfolge vorzuweisen.

Thomas Isler (FDP, Rüschlikon): Lieber Willy Haderer und Bruno Dobler, das ist wirklich so. Es geht gar nicht darum, den Kredit zu erhöhen. Es geht darum, diesen Kredit zu sprechen oder nicht. Wenn Sie ablehnen, dann fällen Sie das Todesurteil über diese Organisation. Es geht wirklich um einen Standortfaktor und um das Netz, das Lukas Briner erwähnt hat. Stimmen Sie zu.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Begrüssung der Ratsleitung des Schwyzer Kantonsrates

Ratspräsident Ernst Stocker: Nun habe ich die Freude, die Mitglieder der Ratsleitung des Schwyzer Kantonsrates ganz herzlich auf der Tribüne willkommen zu heissen. Unsere Gastdelegation wird angeführt von Kantonsratspräsident Alex Kuprecht aus Freienbach-Pfäffikon – abgesehen vom heimischen Steuerfuss also fast ein Zürcher. Unserer Einladung ist erfreulicherweise ebenso der Staatsschreiber des Kantons Schwyz sowie die Parlamentssekretärin gefolgt. Gerne sehen wir dem gemeinsamen Tagesprogramm im Zürcher Weinland entgegen und wünschen unseren Schwyzer Amtskolleginnen und Amtskollegen einen angenehmen Aufenthalt im Kanton Zürich. (*Applaus.*)

Die Beratungen werden fortgesetzt.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Ich entgegne Willy Haderer. Ich denke, ich bin im falschen Film. Wenn Sie Wachstum oder Stabilität nicht wollen, dann müssen Sie sagen, dass Sie auch die Arbeitsplätze nicht schützen und keine Steuereinnahmen wollen. Wenn man Standortmarketing macht, kann man in einer rezessiven Phase mindestens versuchen, die Stabilität zu halten oder ein Wachstum zu erreichen. Das

wollen wir, weil wir nicht wie Sie sagen, der Massstab sei nur die Aufgabe, sondern der Massstab ist der Saldo. Wenn Sie den Saldo nehmen, müssen Sie sagen: Sie sind kein Unternehmer, wenn Sie nicht bereit sind zu investieren, wenn Sie einen Gewinn herausnehmen.

Wir sagen Ja zu einem Standortmarketing, weil es Gewinn bringt, weil es unsere Region stärkt und nicht, weil wir einfach plakativ Wahlkampf machen und sagen, wir müssen auch ein bisschen Sparerer sein. Das ist nicht glaubwürdig. Das schadet uns allen. Darum sind Sie in dieser Frage nicht sehr kompetent.

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der WAK: Ich möchte schnell auf die ablehnenden Voten von Bruno Dobler und Werner Bosshard eingehen. Ich bitte Sie, diesen nicht Folge zu leisten. Der Kanton, Willy Haderer, hat bisher 1,76 Millionen Franken jährlich ausgegeben. Neu werden es 1,81 Millionen Franken sein. Es handelt sich also um eine Erhöhung von lediglich 50'000 Franken jährlich. Selbstverständlich können Sie sagen, dass wir dieses Geld einsparen können. Es ist auch richtig, dass es gute Rahmenbedingungen als Voraussetzung braucht, damit Firmen sich im Kanton Zürich überhaupt niederlassen. Sie kennen die Situation in der Bundesrepublik Deutschland mit den hohen Steuern und den starken Gewerkschaften, die es verschiedenen KMU-Betrieben verunmöglichen zu prosperieren. Wir haben in den vergangenen Monaten auch gesehen, dass wir einen grossen Zulauf vor allem von Firmen aus Baden-Württemberg haben, die sich nun in Schaffhausen und im Kanton Zürich ansiedeln. Es ist wichtig, dass wir solchen Firmen, die sich bei uns im Grossraum Zürich ansiedeln möchten, einen Ansprechpartner geben und dass wir diese auch aktiv in Europa oder auch amerikanische Firmen im Ausland betreuen können. Ist es richtig, man muss den Saldo anschauen. Wir geben zwar 1,8 Millionen Franken aus, aber die Frage ist, was mit Neuansiedlungen für den Kanton Zürich netto zurückkommt. Neue Firmen führen dazu, dass sie Steuern bezahlen, dass sie Arbeitsplätze schaffen, was wiederum weniger Arbeitslose bedeutet, was ein weiterer Vorteil ist. Ich bitte Sie doch, diesem Kredit zuzustimmen.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Erstens haben wir in den vorhergehenden Traktanden festgestellt, dass wir mit der Ansiedlung Erfolg haben und hatten. Zweitens, wenn man Erfolg hat, stellt man die Werbung nicht ein. Werbung muss auch im Erfolg aufrecht erhalten bleiben. Die Mittel dafür sind gering. Deshalb stimmen Sie zu.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Liebe Gäste, Sie haben Anschauungsunterricht, wie wir im Kanton Zürich hart mit dem Franken ringen. Ich muss und darf dem Kanton Schwyz ein Kompliment machen. Er ist jüngst dieser GZA beigetreten. Der Kanton Schwyz hat Vertrauen auf den Standort Zürich und die Nachbarkantone auch. Es sind noch Schaffhausen, Glarus, Graubünden und mein Heimatkanton Solothurn. Auch dieser weiss, was es heisst, aus einer krisengeschüttelten Region in einen Verbund eingebracht zu werden, der auf der internationalen Bühne Aktionen betreiben kann.

Meine drei bestandenen Unternehmer Bruno Dobler, Werner Bosshard und Willy Haderer, ich bin erstaunt, dass Sie ein solches Votum in diesem Rat abgeben können. Sie wissen ganz genau – Arnold Suter hat es gesagt –, wenn Sie in der Not nicht Marketing betreiben, dann sind Sie auch nicht bereit, wenn dann die Investitionen wieder kommen.

Wenn man hier sparen will, dann nähert man sich einem Schuldbürgerstreich. Ich frage mich, wie für den Steuerzahler gespart wird, wenn bei einem Budget von 4 Millionen Franken, an das Private, auswärtige Freunde und benachbarte Kantone mittragen, der Kanton Zürich also mit 1,8 Millionen Franken, die anderen Partnern aber mit 2,2 Millionen Franken beteiligt sind. Wo ist hier der Spareffekt, wenn die Wirkung über die 4 Millionen Franken geht? Das müssen Sie mir als Unternehmer erst noch erklären. Das ist nicht nur ein Gebot des kaufmännischen Sinnes, es ist auch im Interesse des Steuerzahlers, wenn wir hier mitmachen.

Wir haben die Beiträge um keinen Rappen erhöht. Es sind 1.50 Franken pro Kopf. Der Kanton Zürich hat einfach in den letzten vier Jahren mehr Einwohner erhalten. Das ist das Faktum, wieso wir Geld einfordern wollen.

Aus diesen Überlegungen muss ich Ihnen sagen: Es hat keinen Sinn, hier Sparanstrengungen ins Spiel zu bringen, denn wir haben keine zweite Chance. Wir treiben diese Gesellschaft nur einmal in den Konkurs. Das wäre heute. Die Nachbarkantone, die auch auf unseren Einsatz vertrauen, würden sich zu Recht düpiert vorkommen.

Zur Haltung der Grünen, die sagen, der Staat solle hier entsprechend Investitionen tätigen: Wir machen das! Aber, Esther Guyer, im Nachgang zu diesen Aktivitäten, zu denen die Privatwirtschaft und die Nachbarkantone auch entsprechend beitragen. Wenn Sie diese Investitionen zerstören, die der Kanton Zürich und die Nachbarkantone und die Privaten zu gleichen Teilen in den letzten vier Jahren bezahlt haben: Wo ist dann Ihr Begriff der Nachhaltigkeit? Das war die Aufbauphase. Jetzt kommt die Gesellschaft in einer Zeit zum Wirken, in der es sehr wichtig ist, dass wir uns interkantonal und darüber hinaus international bekannt machen.

Ich bitte Sie mit Nachdruck, diesem Kredit zuzustimmen. Sie würden wesentlich mehr zerstören, als Sie glauben, hier sparen zu können.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich muss ein Wort verlieren zur Nachhaltigkeit, Regierungsrat Ruedi Jeker. Wir fördern die Standortattraktivität vier Jahre lang, indem nämlich ausländische Investoren in die Schweiz kommen, weil das soziale Umfeld, der Arbeitsfriede und die Lebensqualität stimmen. Das kann man nicht mit einer Hochglanzbrochure wettmachen, die jemand an irgendeiner Messe verteilt. Das ist es, was man tun muss. Das werden wir auch weiterhin tun. Hier ist Nachhaltigkeit, Attraktivität, alles dabei.

Eintreten

ist nicht bestritten, nachdem kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Katharina Prelicz-Huber

I. Für die Jahre 2003 – 2006 werden jährliche Beiträge von Fr. 1'810'000 an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing bewilligt. Dieser Betrag ist gebunden an einen Leistungsauftrag, der den Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung entspricht und damit die ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren gleichgestellt berücksichtigt.

Alfred Heer (SVP, Zürich), Präsident der WAK: Ich habe schon beim Eintreten gesagt, dass die WAK in der Mehrheit diesen Antrag ablehnt.

Wir sind nicht der Meinung, dass Nachhaltigkeit in dieses Gesetz gehört. Es ist eigentlich auch in einem gewissen Sinn eine Standortqualität wie tiefe Steuern et cetera. Tiefere Steuern müssen Sie mit dem Steuergesetz machen. Wenn Sie tatsächlich Nachhaltigkeit haben möchten, dann gehört das nicht in diese Kreditvorlage, sondern dann müssen Sie Motionen einreichen, in welchen Sie Ihre Wünsche vorbringen können und gegebenenfalls eine Mehrheit finden. In diese Vorlage gehört die Nachhaltigkeit sicher nicht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Die Grünen sind für Wirtschaftsförderung und auch für ein Standortmarketing, aber wenn der Staat tatsächlich nach den Kriterien einer nachhaltigen Wirtschaftsförderung investiert, die die sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien gleich behandelt. Sie haben jetzt die ganze Zeit derartig hoch beschworen, der wichtige Teil dieser Vorlage sei das Marketing. Wenn ich aber bei den Zielsetzungen nachschaue, dann sehe ich, dass 20 Prozent des ganzen Betrags für das Image gebraucht wird. Die restlichen 80 Prozent werden für die Akquisition neuer Unternehmungen gebraucht. Kommen wir zurück zum Marketing. Da kommt tatsächlich, wie das Esther Guyer vorher schon ausgeführt hat, bei diversen Untersuchungen relativ klar hervor, dass die ganz grossen Vorteile unseres Wirtschaftsstandortes neben – das hören Sie gar nicht gern – den niedrigen Steuern – die nicht gerade wie Schwyz sind, aber doch bald nach Schwyz kommt der Kanton Zürich –, vor allem unser Kulturangebot, die Uni und die ETH, die schöne Landschaft, die wir zu bieten haben und auch der öffentliche Verkehr sind. Nicht zuletzt als einer

der ganz wichtigen Faktoren ist es der soziale Friede, der ausländische Unternehmungen anzieht. Daher könnten wir mit dem Marketing gemäss den nachhaltigen Kriterien profilieren.

Zu den Unternehmungen: Es ist wirklich nicht so, dass wir alles unterstützen, nur weil es Arbeitsplätze gibt. Ich nenne drei Bereiche. Die Gentechnologie möchten wir nicht. Die Waffentechnologie möchten wir nicht. Die Atomenergie möchten wir ebenso nicht. (*Zwischenruf Gabriela Winkler: Aber die Bevölkerung!*) Das sind beispielsweise drei Bereiche, die wir ganz klar nicht möchten und die dann formuliert würden, wenn es darum ginge, nachhaltige Kriterien zu formulieren. Daher ist es ohne weiteres möglich, in diesen Kredit den Minderheitsantrag aufzunehmen, nämlich, dass dieser Betrag an die Kriterien einer Nachhaltigkeit gebunden ist. Wenn dieser Antrag durchkommen würde, würden wir den Kredit mit unterstützen. Sonst würden wir ablehnen.

Ein Wort zu Lukas Briner: Es ist doch eine eigenartige Auffassung seitens der Privaten, dass der Staat für die Interessen der Privaten zahlen muss und der Staat froh sein soll, wenn sich die Privaten an ihrer eigenen Lobbyarbeit beteiligen.

Ich bitte Sie, unseren Minderheitsantrag zu unterstützen.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Ein Teil der SP-Fraktion wird dem Antrag der Grünen zustimmen. Er entspricht dem Wortlaut nach Zielen, hinter denen die gesamte SP voller Überzeugung steht. Ein anderer Teil ist aber der Meinung, dass der Antrag hier fehl am Platz ist und ausserdem auch unklar ist, wie er umgesetzt werden sollte. Im Antrag ist die Rede von Wirtschaftsförderung. Wir sind gern bereit, gemeinsam mit den Grünen einen Vorschlag für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung auszuarbeiten. Aber in dieser Vorlage geht es vor allem um das Standortmarketing. Also etwas pfahlbauerisch gesagt um den Verkauf des Standortes Zürich und Umgebung in anderen Wirtschaftsregionen, um Werbung für Zürich als Wirtschaftsstandort. Es wollte nun einem Teil der SP nicht so richtig klar werden, wie dieses Marketing ökologische, ökonomische und soziale Indikatoren gleichgestellt berücksichtigen soll, wie es im Vorstoss heisst.

Deshalb ist also die Unterstützung an dieser Stelle keine 100-prozentige, aber wir sind gern bereit, an passender Stelle daran weiterzuarbeiten. Die Zustimmung zur Vorlage hängt nicht vom Schicksal dieses Antrags ab.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Marketing beinhaltet auch ökologische Aspekte und die Nachhaltigkeit. Das ist unbestritten. Aber die Nachhaltigkeit und die Ökologie werden sicher nicht über diese Vorlage gesteuert und gemacht. Das sind die Gesetze. Es ist ein Witz, wenn man noch sagt, man möchte die Atomkraftwerke in die Werbung mit einbeziehen. Solange die Gesetzgebung anders ist, können Sie im Standortmarketing nichts anderes machen.

Die EVP-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen und den Minderheitsantrag ablehnen, mehrheitlich zumindest, ein Teil wird ihn unterstützen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich): Nur eine Bemerkung zu Regula Götsch: Es ist leider nicht nur Marketing. Ich möchte Sie darauf hinweisen, in der Vorlage unter Zielsetzungen und Strategie nachzuschauen. 20 Prozent werden für das Marketing gebraucht, die Imagebildung im Ausland. 80 Prozent sind für die Akquisition von neuen Unternehmungen. Das ist Wirtschaftsförderung.

Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt): Marketing ist genau das, dass man das Geld zu 80 Prozent einsetzt, um mit den Leuten in Kontakt zu treten. Die Zeiten, da man glaubte, dass Marketing etwas mit vierfarbigen Hochglanzbroschüren zu tun hat, sind längst vorbei. Vielleicht merkt das auch noch der Zürcher Kantonsrat.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Ich weiss nicht, ob sich alle Mitglieder des Rates bewusst sind, was jetzt abläuft. Wenn wir das qualifizierte Mehr nicht haben, dann gibt es keine zweite Chance. Wir sind im Verbund mit sechs Kantonen. Unsere Zuhörer werden das nach Hause tragen. Andere Parlamente haben auch noch über ihre Beiträge abzustimmen. Wenn Sie der Greater Zurich Area den Todesstoss geben wollen, dann können Sie das hier und heute machen. Ich frage mich, ob Sie sich bewusst sind, was Sie damit bewirken. Es geht nicht darum, aus einer kleinlichen Optik heraus jetzt einfach einen Antrag über die Bühne zu bringen, sondern das Marketing hat natürlich einen Zweck. Marketing soll neue Betriebe in die Region des Wirtschaftsraums Zürich und darum herum

bringen, auch in die Region der Nachbarkantone. Es ist eine eigenartige Haltung, wenn man sagen will, die Lobbyarbeit der Privatwirtschaft werde hier eingebracht, wenn es jetzt nach dem Prinzip der Private Public Partnership geht, um gemeinsame Interessen zu wahren.

Ich danke Ihnen für die Annahme der Vorlage und für die Ablehnung des Minderheitsantrags.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich bin jetzt etwas erstaunt. Seit Stefan Schmidheiny sein Buch geschrieben hat, das war immerhin 1992, war ich der Meinung, Nachhaltigkeit sei geradezu eine Selbstverständlichkeit. Lukas Briner hat auch immer von Nachhaltigkeit gesprochen. Ich ging davon aus, die Handelskammer sei der Meinung, Wirtschaftsförderung finde unter dem Prinzip der Nachhaltigkeit statt. Wenn ich so die Parteiprogramme gelesen habe – vielleicht ausser jenem der SVP, die da etwas Mühe hat, vielleicht wegen ihrem Gewerbe und ihren Landwirten – und Bundespräsident Pascal Couchepin sprechen höre, dann höre ich nichts anderes als Nachhaltigkeitsbekenntnisse. Umso erstaunter bin ich, dass jetzt Regierungsrat Ruedi Jeker sagt, wenn wir diesen harmlosen Antrag von Katharina Prelicz annehmen würde, wäre diese Familie da gefährdet, um die wir heute streiten. Da kann im Kanton Zürich irgendetwas nicht mehr stimmen.

Ich nehme das schon ein bisschen ernst, wie Sie zur Nachhaltigkeit stehen. Sie verstehen Wirtschaftsförderung eben so, wie es gemeint ist, nämlich nachhaltig.

Abstimmung

Der Antrag der Kommission wird dem Minderheitsantrag Katharina Prelicz gegenübergestellt. Sie haben mit 123 : 31 Stimmen dem Antrag der Kommission zugestimmt.

II. bis IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung (Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse)

Der Kantonsrat beschliesst mit 131 : 19 Stimmen, der Vorlage 4030a gemäss Antrag von Regierungsrat und vorberatender Kommission zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Hinschied

Ratspräsident Ernst Stocker: Am vergangenen Donnerstag ist Professor Alfred Kölz, Lehrer für Staats- und Verfassungsrecht an der Universität Zürich, gestorben.

Professor Alfred Kölz war nie Mitglied des Kantonsrates. Er war aber diesem Parlament ganz besonders verbunden. Sein Engagement für die Totalrevision der Kantonsverfassung und seine stetige Bereitschaft, sich mit neuen Ideen über das Zusammenwirken der Staatsgewalten auseinander zu setzen, haben der Entwicklung des Staats- und des Parlamentsrechts entscheidende Impulse gegeben. Die Stärke des Parlaments als Gegengewicht zu einer starken Exekutive war ihm ein Anliegen, das sich auch auf die Parlamentsreform im Kanton Zürich ausgewirkt hat.

Die Trauerfeier für Professor Alfred Kölz findet am nächsten Donnerstag, 5. Juni 2003, um 15.00 Uhr in der Kirche Sankt Peter statt.

Wir werden Professor Alfred Kölz als Staatsrechtler in bester Erinnerung behalten und entbieten seinen Angehörigen unser aufrichtiges Beileid.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Planung und rasche Realisierung des gekröpften Nordanflugs**
Postulat *Richard Hirt (CVP, Fällanden)*
- **Kürzungen der Beiträge der Invalidenversicherung (Art. 73 IVG) an Wohnheime und Werkstätten für Menschen mit Behinderung**
Interpellation *Markus Brandenberger (SP, Uetikon a. S.)*
- **Impftherapie und Hautkrebs**
Anfrage *Erika Ziltener (SP, Zürich)*
- **Beiträge an Jugendhäuser und Freizeitanlagen**
Anfrage *Hugo Buchs (SP, Winterthur)*
- **Aufnahmeverfahren für Berufsmaturanden und Berufsmaturandinnen an der Pädagogischen Hochschule**
Anfrage *Chantal Galladé (SP, Winterthur)*

- **Impfprogramm an der Hautklinik: Folgerungen betreffend Steuerung und Kontrolle der Forschung an der medizinischen Fakultät der Universität Zürich**
Anfrage Ruth Gurny Cassee (SP, Maur)

Schluss der Sitzung: 11.50 Uhr

Zürich, 2. Juni 2003

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 20. Oktober 2003.